

Landesinfo Baden-Württemberg



Eindrücke vom Parteitag am 16. Juni 2007 in Berlin

No G 8
Menschen vor Profite! Seite 5

Demonstration 15.9.
Bundeswehr raus aus Afghanistan! Seite 8

Michael Schlecht
Wie weiter mit dem Mindestlohn? Seite 11

Aus dem Land
Junglehrer sehen rot S. 15

Aus den Gemeinden
Stuttgart sozial ... das muss besser werden Seite 19

LINKE Baden-Württemberg
Mitteilung für die Kreise S. 22

Inhalt

■■■ Portrait Ulrich Maurer im „Stern“	4
■■■ Berichte von den Protestaktionen gegen den G8-Gipfel	5
■■■ Heike Hänsels Kurzintervention im Bundestag	7
■■■ LINKE ruft auf zur Demonstration am 15. September: Bundeswehr raus aus Afghanistan!	8
■■■ Petra Pau eröffnet 100 Jahre Sozialistenkongress:	9
■■■ Wie weiter mit dem Mindestlohn?	11
■■■ Landes-AG Betrieb und Gewerkschaft: Vorhaben	13
■■■ „Liebe Deine Rasse“ – Neonazi- stinnen auf dem Vormarsch	15
■■■ Einladung zum Linken Landes- jugendtreffen	17
■■■ Tübingen: Immer auf die Kleinsten	18
■■■ Mannheim: MVV-Aktiendeal	18
■■■ Stuttgart: Armut grenzt aus	19
■■■ Konstanz: Familienfreundlich, weil es sich rechnet?	20
■■■ Oskar Lafontaine in Freiburg	21

Das nächste Landesinfo erscheint im September 2007.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 4/2007 ist der 11. September

Wir freuen uns über jeden eingesandten Artikel, bitten aber darum, diese nicht länger werden zu lassen als ca. 5000 Zeichen. Fotos und Karikaturen sind sehr willkommen. Einsendungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der LINKEN.

Beilagenhinweis: Mini-Broschüre „Mitmachen“ und Überweisungsformular für Spenden.

20. und 21. Oktober 2007 in Stuttgart

DIE LINKE. lädt ein zum Landesparteitag

Am Samstag, 20. und Sonntag, 21. Oktober konstituiert sich in Stuttgart der Landesverband Baden-Württemberg der neuen Partei. Für diesen Gründungsparteitag auf Landesebene sind derzeit auf Gründungsversammlungen in 35 Kreisverbänden 200 Delegierte zu wählen. Zehn Delegierte sollen aus dem Jugendverband hinzukommen. Wir bitten alle Kreisverbände, ihre Delegierten verbindlich im Landesbüro anzumelden und Nachrücker/innen zu nominieren, falls jemand das Mandat kurzfristig nicht wahrnehmen kann.

Der Interims-Landesvorstand hat diesen Landesparteitag auf seiner Sitzung am 1. Juli einberufen. Vorgeschlagene Tagesordnungspunkte sind:

- Begrüßung/Konstituierung
- Beschlussfassung über die Gründung des Landesverbandes
- Gastbeiträge
- Landessatzung
- Finanzordnung
- Politische Resolution
- Wahlen zum Landesvorstand
- Wahl Schiedskommission
- Wahl Revision

Termin: Samstag, 20. Oktober ab 10.30 Uhr und Fortsetzung am Sonntag 21. Oktober im DGB-Haus, Stuttgart, Willy Bleicher Straße 20.

Am Samstagabend ist ein Fest mit Musik und Kultur geplant. Für Delegierte werden auf Wunsch Übernachtungsplätze organisiert. Gäste sind willkommen.



Bezug

Das Landesinfo ist das Informationsorgan der LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Impressum

Herausgeber und Verlag: LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@linke-bw.de

Redaktion

Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Stras-

deit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich.

Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck

GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Hoffnung, Euphorie und viel bevorstehende Mühen

Wilfried Telkämper (Kreisverband Freiburg) über den Gründungsparteitag der neuen Partei DIE LINKE

Die vom Gründungsparteitag am 16. Juni 2007 in Berlin ausgestrahlte Euphorie und Hoffnung hat nach Aussagen so mancher FreundInnen und TeilnehmerInnen anscheinend nicht nur bei mir noch tagelang angehalten. DIE LINKE in Deutschland findet sich zusammen und spaltet sich nicht wie so oft in der Geschichte – sei es an wesentlichen Fragen oder Konflikten wie die der Kriegskredite oder an oftmals weniger relevanten wie in ehemals linken studentischen Gruppierungen. Auch wenn es pathetisch klingen mag, so ist dieser Wille zur Vereinigung wirklich als etwas Historisches in der Geschichte der deutschen Linken zu bezeichnen. Ein zukunftsorientiertes, freudiges und hoffnungsvolles Ereignis hat dort stattgefunden. Allen denen sei gedankt, die ihren Beitrag zur Bewältigung dieser schwierigen Fusionsaufgabe geleistet haben. Machen wir das Beste daraus!

In Zeiten der Ressourcenknappheit, der Klimakatastrophe und zunehmender Globalisierung ist linke Politik immer der Einsatz für eine sozial gerechte und ökologisch ausgerichtete Gesellschaft. Linke Politik enthält implizit die Ökologie, so wie eine wirklich ökologische Politik immer nur eine linke sein kann. Nach den Unfällen und Katastrophen von Harrisburg, Sellafield und Tschernobyl muss sie auch immer eine Anti-Atompolitik sein. An der Energiepolitik lässt sich der Zusammenhang von sozialer und ökologischer, von internationaler und kommunaler Politik sehr gut aufzeigen: Der Krieg um die knappe Ressource Öl wird uns täglich im Irak vorgeführt. Der Energiepreis steigt aufgrund der zunehmend knappen Bodenschätze und dieser kriegerischen Auseinandersetzungen stetig. Er trägt überall auf der Welt zur Entscheidung der sozialen Verhältnisse und Lebensqualität bei. Ja, hier hat die soziale und ökologische Frage sogar noch einen friedenspolitischen Zusammenhang. Wenn wir uns nicht abhängig machen wollen von der Macht großer Energiekonzerne sowie kapitalkräftiger Ressourcenverteilung und die Energie für einen weltweiten Wohlstand friedlich und sozial verteilen wollen, dann müssen wir diese Energie dezentral und ökologisch produzieren. Das heißt ganz konkret als ersten Schritt für eine Rekommunalisierung der Energieerzeugung zu streiten. Diese Art der Produktion ist zudem billiger

und schafft Arbeitsplätze. – Ich hatte im letzten Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg versprochen, dass ich der neuen Partei DIE LINKE beitreten würde, wenn sie denn wirklich entstehen sollte. Ich habe dieses Versprechen auf dem Gründungsparteitag eingelöst in der Hoffnung, mich mit vielen Gleichgesinnten und neuem Elan u.a. den Zielen für die gerade beschriebene Politik einsetzen zu können.

Wir müssen mutig und bedachtsam sein, vor allem aber wissen, dass ein anstrengender und sehr schwieriger Weg vor uns liegt. Wir kommen nicht nur aus unterschiedlichen Regionen und Sozialisierungen in Ost und West, sondern insbesondere aus ganz verschiedenen politischen Kulturen, die erst zueinander finden müssen.

Anfang der 1980iger Jahre gab es mit der Gründung der Partei Die Grünen im Westen Deutschlands, die aus vielen sozialen Bewegungen gewachsen war, eine ähnlich zuversichtliche Stimmung. Viele glaubten an eine neue Kultur und stritten für eine bessere Gesellschaft. Dass das Projekt leider zu einer rein liberalen Partei geworden ist, soll uns eine Lehre und Warnung sein. Der vor uns liegende Weg wird ganz bestimmt nicht einfach sein. Wir werden viel miteinander reden, diskutieren und positiv streiten müssen. Die Auseinandersetzungen werden wichtig sein, der Wille dabei, gemeinsam für eine bessere Zukunft zu streiten und das Ziel ohne unsere Ansprüche dabei nicht aus den Augen zu verlieren, sollen uns aber Wegweiser sein. In diesem Sinne hoffe und setze ich auf das neue Parteiprojekt DIE LINKE.

DIE LINKE – Gründungsparteitag in Berlin

Über 60 Delegierte und Gäste aus Baden-Württemberg nahmen an der Gründungskonferenz der LINKEN in Berlin teil. Gleich vier aus Baden-Württemberg stammende Kandidatinnen und Kandidaten wurden in den Bundesvorstand gewählt: Ulrich Maurer (MdB) wurde zum Beauftragten für die westlichen Bundesländer im Vorstand bestimmt. Weiter wurden gewählt: Biggi Ostmeyer, Informatikerin aus Böblingen; Heidi Scharf, IG-Metall-Bevollmächtigte aus Schwäbisch-Hall sowie Michael Schlecht aus Stuttgart, Leiter der Wirtschaftsabteilung von Verdi.

Bernd Riexinger und Bernhard Strasdeit, beide Sprecher der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg stellten gegenüber der Presse fest, damit sei der baden-württembergische Landesverband, der zu den mitgliederstärksten Westverbänden gehört, auf Bundesebene sehr gut vertreten.

Auch hier im Land hat DIE LINKE wachsenden Zuspruch und zählt täglich neue Eintritte.

Der erste gemeinsame Landesparteitag ist am 20. und 21. Oktober in Stuttgart geplant. DIE LINKE will ihre Mitgliederzahlen in den nächsten Monaten deutlich erhöhen. Als Neumitglieder aus Baden-Württemberg konnten wir auf dem Gründungsparteitag in Berlin die linken Persönlichkeiten Frigga Haug, Fritz Haug und Wilfried Telkämper begrüßen.

Brief an alle Neumitglieder:

„Politik beginnt im Kreisverband“

Über 200 neue Mitglieder sind seit dem Berliner Gründungsparteitag am 16. Juni in den Landesverband der LINKEN in Baden-Württemberg eingetreten. In einem Brief wendet sich das neugewählte Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand Uli Maurer derzeit an alle Neumitglieder in Baden-Württemberg:

Es ist mir eine Freude, Dich als neues Mitglied der Partei „Die Linke“ willkommen zu heißen. Wir kämpfen für eine Politik, die für und nicht gegen die eigene Bevölkerung arbeitet. Wir kämpfen für ein Land, in dem das Wort „Sozial“ nicht bloß eine leere Phrase ist. Wir kämpfen für ein Land, das nicht Frieden predigt und Krieg exportiert. Dafür brauchen wir jeden Einzelnen. Mit Deinem Engagement, Deiner Tatkraft und Deinem Mut können wir etwas bewegen. Politik beginnt nicht im Bundestag oder im Landtag, sondern vor Ort im Kreisverband. Du hast jetzt die Chance, dort für unsere Ziele einzutreten. Lass uns gemeinsam die Sache anpacken!

*Mit sozialistischen Grüßen von
Ulrich Maurer.*

„Fantastisch für Lafontaine, Gysi & Co“

Im Folgenden dokumentieren wir ein Portrait, das Florian Gübgen von Ulrich Maurer im „Stern“ veröffentlichte.

Für Lafontaine, Gysi & Co. läuft es fantastisch. Der Wahlerfolg in Bremen, Spitzenwerte in Umfragen. Jetzt geht es um die Eroberung des Westens. Und dafür ist Ulrich Maurer zuständig, SPD-Abtrünniger und Politik-Profi aus Baden-Württemberg. Für die SPD ist er gefährlich. Brandgefährlich. Ein Porträt.

Ja. Für Oskar Lafontaines Linke läuft es fantastisch. In der jüngsten Forsa-Umfrage kommen sie auf satte 14 Prozent, die SPD auf 24, die Union liegt bei 37. Die Sozialdemokraten müssen ihn fast schon riechen können, den heißen Atem des Saarländers, den heißen Atem jener Partei, die da entstanden ist aus der Masse jener, die unzufrieden sind, die Angst vor dem Absturz haben, und die vor allem eines eint: eine gehörige Wut auf die Sozialdemokraten, die vermeintlichen neoliberalen Verräter.

„Die Partei darf sich nicht besoffen machen“

14 Prozent. Und dennoch: Ulrich Maurer bremsst. „Ich will nicht, dass meine Partei sich mit solchen Zahlen besoffen macht“, sagt er. Er weiß, dass Umfragen schwanken können, dass sie Momentaufnahmen sind. Plakativ. Wichtig. Aber auch unendlich vergänglich. Wer in Wahlen dauerhaft punkten will, wer bleiben will in der politischen Landschaft, dem können Umfragen nicht reichen als Sicherheit. Der braucht eine Organisation, einen Apparat. Der braucht eine schlagkräftige Partei. Und weil es den Lafontaine-Linken, der vormaligen Ossi-Partei, im Westen genau an diesen Strukturen gebricht, hat Maurer nun eine heilige Mission: Seit dem Gründungsparteitag im Juni ist er der Mann, der für Oskar, Gregor & Co. den Aufbau West organisieren soll. Er ist der Mann, der das Fundament der Partei bereiten soll. Er ist der Mann, der aus dem Stachel im Fleisch der SPD einen Pflock in ihrem Herzen machen soll. Er ist der „Parteibildungsbeauftragte, Schwerpunkt alte Bundesländer.“

Brandgefährlich für die SPD

Maurer ist für diesen Job wie geschaffen. Er hat das politische Handwerk bei der SPD erlernt, kennt alle Tricks, Kniffe und Finten. Er war Landes-Chef der Genossen in Baden-Württemberg, lange Jahre Fraktionschef im Stuttgarter Landtag. 2005 lief er über. Seither sitzt er für die Lafontainisten im Bundestag, als einer von zwei Parlamentarischen Geschäftsführern sogar in zentraler Position. Der 58-Jährige ist einer jener vor-

mals abgehalfterten Strippenzieher der Sozialdemokraten, einer jener, die aus dem Nichts heraus eine zweite, große Chance bekommen haben – und einer jener, die eine ordentliche Wut im Bauch haben auf die Erben des verachteten Gerhard Schröder. Zwar fehlt ihm die selbstverständliche, bürgerliche Eleganz Lafontaines. Der gestreifte Anzug sitzt schlecht. Er raucht filterlos. Rothähndle, immer eine, nur eine halbe. Aber gerade dieser angedeutete Proletarier-Habitus macht den Anwalt bei der Gewerkschafter-Klientel glaubwürdig. Maurer ist einer jener West-Profis, die gefährlich sind für die SPD. Brandgefährlich.



3000 bis 4000 Beitrittsanträge

Und es sind ja nicht nur die 14 Prozent. 3000 bis 4000 Beitrittsanträge seien seit dem Gründungsparteitag im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin eingegangen, berichtet Maurer. Aus dem Westen vier Mal so viel wie aus dem Osten. Jetzt dürfe man die einmal geweckten Hoffnungen nicht enttäuschen. „Wir sind in der Situation eines Unternehmens“, analysiert Maurer die Situation seiner Partei im Westen, „von dem man sagt, dass es ein gutes Produkt hat, aber Lieferschwierigkeiten.“ Dafür zu sorgen, dass die Partei liefern kann, vor Ort und wie versprochen, das ist sein Job. Sichtbar soll sie sein „Die Linke“. Deshalb will Maurer zunächst alles daran setzen, nicht nur die Landeverbände schnell zu gründen, sondern auch flächendeckend Kreisverbandsstrukturen im Westen aufzubauen.

Eine Mitgliederpartei wolle er aus dem Boden stampfen, sagt Maurer. Er träumt von einer Partei, die vor Ort verwurzelt ist, die nicht von ihren Funktionären, von den Kadern lebt. Einer Partei, wie sie die CSU einmal war – „Mitten

im Leben“. Aber auch in die anderen Fugen und Ritzen der Gesellschaft will Maurer hinein. Voller Stolz erzählt der Parteibildungsbeauftragte, dass man an den Universitäten enormen Zulauf habe, dass man über die „Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft“ auch in den Firmen präsent sein wolle. Es ist eine zweite SPD, die hier entstehen soll, eine vermeintlich bessere SPD. Dass alle anderen Parteien genau die gleiche Verwurzelung anstreben, juckt Maurer wenig. Es läuft fantastisch gerade. Den Schwung will er nutzen.

In Bremen hat „Die Linke“ den West-Bann gebrochen

Sein Team, das den Aufbau West organisieren soll, hat Maurer schon zusammengestellt. Rund fünf Leute sind es, die vor allem eines sein sollen: Vor Ort. „Ich will die eigentlich nur mit Koffer sehen“, sagt Maurer. Er selbst will im Sommer elf Gründungsparteitage in den Ländern abklappern. Es klingt so, als führe er in Kolonien. Wie viel sein Projekt kosten darf, wie viel aus den Parteikassen in den Westen fließt, das verrät Maurer übrigens nicht. Nur so viel: Es sei eben wie bei jedem x-beliebigen Unternehmen. Wer Gewinne erzielen wolle, der müsse vorher investieren.

Die Zeit drängt. Es muss schnell gehen mit den Investitionen und dem Aufbau. Zwar haben die Lafontainisten mit ihrem Wahlerfolg in Bremen den West-Bann gebrochen. Mit über acht Prozent sind sie im Mai in die Bürgerschaft eingezogen. Aber die nächsten Wahlen stehen unmittelbar bevor: Im Januar 2008 geht es um die Landtage in Hessen und Niedersachsen, im Februar um die Bürgerschaft in Hamburg, im März um die Kommunen in Bayern, im Herbst um den bayerischen Landtag. 2009 dann wird schon der Bundestag gewählt. Für die Lafontainisten steht bei jeder Wahl ein Stück weit die Existenz auf dem Spiel. Sie müssen Erfolg haben, sonst verliert ihr Projekt an Dynamik, an Zulauf. Sonst droht das Scheitern.

Sicher, sagt Maurer, er setze jetzt regionale Schwerpunkte. Aber der Zeitplan, nun ja, der sei schon sehr, sehr eng. Deshalb müsse man jetzt Druck machen. Als Zuckerl verspricht er, dass man mit prominenten Spitzenkandidaten aufwarten werde. Mit Überraschungen. Es gibt neue Überläufer, heißt das übersetzt. In Hessen will „Die Linke“ einen ehemaligen DGB-Mann als Spitzenkandidaten präsentieren, immer noch droht die Fahnenflucht des ehemaligen SPD-Sozialpapstes Rudolf Dressler. Die SPD sollen

all diese Personalien nervös machen. Noch nervöser.

Vorbild Niederlande

Um sich dem Aufbau-Job voll widmen zu können, stützt Maurer seine Pflichten in Berlin. Formal behält er den Geschäftsführer-Job auch in Zukunft, beschränkt sich aber vor allem auf die Öffentlichkeitsarbeit. In der Partei ist Maurer als Mitglied des geschäftsführenden Vorstands verankert. Er begreift sich als Teil eines „strategischen Dreiecks“: Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch kümmert sich um die Öffentlichkeitsarbeit, Fraktions-Vize Bodo Ramelow organisiert den Bundestagswahlkampf und sorgt für die Abstimmung zwischen Berliner Zentrale und den Landesorganisationen, und er, Maurer, besorgt eben die Eroberung des Westens.

Das strahlende Vorbild ist für Maurer die „Sozialistische Partei“ in den Niederlanden. Die dortige sozialdemokratische „Partei der Arbeit“ sei in den neunziger Jahren eine der ersten in Europa gewesen, die sich dem Neoliberalismus verschrieben habe, erklärt er. Als Alternative habe sich die „Sozialistische Partei“ neu formiert, so wie die „Linke“ sich als Alternative zur SPD neu formiere. Die holländischen Genossen hätten eine echte Mitgliederpartei hochgezogen, schwärmt er. Bei den letzten Wahlen hätten sie 16,6 Prozent erzielt, die Sozialdemokraten lediglich 21,2. „Das ist für uns der Maßstab.“



Rostock, 2. Juni.

„No G8 – Menschen vor Profite“

Hier einige Berichte und Eindrücke von Mitgliedern der LINKEN aus Baden-Württemberg.

Bildungsurlaub in der Umgebung von Heiligendamm

Nicht nur aktionsmäßig, sondern auch bildungsmäßig war am Rande des G 8 Gipfels in Heiligendamm einiges gebo-

ten. Außer dem „Alternativgipfel“ vom 5. bis 7. Juni in Rostock mit ca. 120 Workshops und 10 Podiumsdiskussionen fanden in Bad Doberan unter der Überschrift „Menschen vor Profite“ auch fünf öffentliche Anhörungen der Bundestagsfraktion der LINKEN statt. Am Sonntagmorgen gab es in der Nikolaikirche in Rostock eine Veranstaltung „Über Europa hinaus – Europa als ein politisches Projekt sozialer Bewegungen?“ Thomas Seibert von medico international sprach als Moderator zunächst einige Sätze zur Demonstration und zu den Ausschreitungen am Vortag. Spektren übergreifende Gespräche und Aktionen seien weiter zu führen und eine Spaltung des Widerstandes nicht zu dulden. Zum Thema legte Kay Burmeister vom Fachbereich Gesellschaftspolitik des IG-Metall-Vorstandes einen entsprechenden Entwurf vor, der dann von weiteren Referenten aus verschiedenen Perspektiven ergänzt wurde. So sprach Lucile Dumas (attac Marokko/Netzwerk Migration) über Unmenschlichkeiten an den Außengrenzen Europas, Gyekye Tanoah (Third World Network Afrika/Stop EPAS Kampagne) wie dieses Europa aus afrikanischer Sicht aussehen müsste und Miroslav Prokes (Friedensaktivist Sozialforum Tschechien) ergänzte aus der Sicht der neuen EU Mitgliedstaaten aus Osteuropa. Angela Klein (Euromärsche/Netzwerk Prekarisierung) versuchte sich an einer Zusammenfassung unter Berücksichtigung der neuen sozialen Bewegungen in Deutschland. Gut, dass sich die vielen leeren Stühle zu Beginn der Veranstaltung dann doch noch füllten. So wurde die bunte Veranstaltung von attac, Euromärsche, Friedens- und Zukunftswerkstatt, IG Metall, Interventionistische Linke, kein mensch ist illegal, medico international und WEED zu einem Erfolg ...

Linke Politik machen – nicht nur links reden!

DIE LINKE in Baden-Württemberg fordert die SPD auf, mit linker Politik in der Praxis ernst zu machen. „Es reicht nicht aus, wegen der stärker werdenden Linken jetzt mehr nach links zu blinken und dann bei den praktischen Entscheidungen rechts abzubiegen“, kommentiert der Landesprecher Bernd Riexinger die Ergebnisse des Landesparteitages der baden-württembergischen SPD. Gerade Ute Vogt stünde für diese Doppeldeutigkeit. Sie habe alle unsozialen Maßnahmen der Agenda 2010 von Schröder und auch jetzt die Fortsetzung in der großen Koalition mit getragen, heißt es in der Linken. „Natürlich begrüßen wir, dass die Landes-SPD gegen die Bahnprivatisierung ist, vergessen aber nicht, dass diese vom sozialdemokratischen Verkehrsminister massiv betrieben wird. Das wird die Glaubwürdigkeit der SPD nicht gerade befördern“, sagt Bernhard Strasdeit, ebenfalls Landessprecher.

DIE LINKE in Baden-Württemberg kann den Kommentar von Ute Vogt, sie

sei ewig gestrig, verhockt und wenig aufklärerisch nur mit Humor aufnehmen. „Einmal davon abgesehen, dass die aufklärerischen Fähigkeiten von Ute Vogt auch der eigenen Partei weitgehend verborgen geblieben sind, findet man die Linke doch überall auf der Straße, bei den Gegendemonstrationen zum G8-Gipfel, bei den streikenden Kolleginnen und Kollegen der Telekom oder bei anderen sozialen Initiativen. „Die SPD sieht man dort nirgends. Sie scheint mehr rumzuhocken als die Linke. Es fehlt hier deutlich an Bewegung“, so Riexinger.

DIE LINKE sieht sich auch in Baden-Württemberg im Aufwind. „Wir haben auf alle Fälle keine Umfrageergebnisse gekauft und werden das auch nicht tun. Unsere Bedeutung nimmt zu, weil wir die besseren politischen Konzepte haben und eindeutig auf der Seite der kleinen Leute stehen. Die SPD macht sich nur was vor, wenn sie meint, dass sie ein Problem mit Umfragen aber keines mit ihrer Politik hat“, kommentiert Strasdeit die Aussage von Vogt zu gekauften und manipulierten Umfragen.

Stuttgart, den 9. Juli 2007

Der Sonntag war gleichzeitig „Aktionsstag Globale Landwirtschaft“ und in diesem Zusammenhang fand in Groß Lüsewitz ein buntes Dorffest statt gegen das dort ansässige Agro-Bio-Technikum und dessen umstrittene Genforschung und Freilandversuche.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN eröffnete ihre Anhörungen mit einem hochkarätigen Podium u.a. mit dem Theologen Drewermann, mit Prof. Altvater und mit Oskar Lafontaine zum Thema „Ursachen und Folgen kapitalistischer Globalisierung“. Bei der Afrika – Anhörung begrüßten die beiden MdBs Hänsel und Aydin interessante Gäste aus Kenia, Uganda und Nigeria zur Diskussion über „Perspektiven für eigenständige soziale und wirtschaftliche Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent“.

Auch das Auftaktpodium des Alternativgipfels mit u.a. Jean Ziegler (UN-Sonderbotschafter für das Recht auf Nahrung) und Annelie Buntenbach (DGB Bundesvorstand) war spannend, auch wenn der attac Moderator die Gewerkschafterin mit nicht erfüllten Erwartungen an die deutschen Gewerkschaften konfrontierte.

„Die Kriegsherren und Kriegsdamen dieser Welt“

Es ist richtig von diesem G8-Treffen zu reden als dem Treffen der Kriegsherren und Kriegsdamen dieser Welt. Erinnern wir uns, nach dem Einmarsch der Koalition der Willigen im Irak sind bisher 650.000 Menschen dort ums Leben gekommen. Die Bundesregierung unterstützt diesen Krieg durch die Zurverfügungstellung von Infrastruktur. Das ist rechtswidrig, und wir fordern klar, dass alle Militärbasen für die Unterstützung von Kriegen geschlossen werden, ob sie in Vincenza sind, ob sie in Ramstein sind oder sonst wo, schließt die Militärbasen! In Afghanistan, dem anderen Krieg außer dem Irak, ist die deutsche Regierung wesentlich beteiligt. Mit den Tornados ist Deutschland Kriegshelfer geworden. Wir wollen nicht, dass dieses Land und die anderen Länder in Afghanistan einen brutalen Krieg auch gegen Zivilisten führen. Wir fordern den Rückzug der Truppen aus Afghanistan! Wir wollen die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr, weil diese Auslandseinsätze dafür sorgen, dass immer mehr Gewalt in die Welt kommt, deshalb Rückzug der Bundeswehrtruppen aus aller Welt!

Redeauszug von Tobias Pflüger, Europaabgeordneter der LINKEN, bei der Auftaktkundgebung in Rostock)



10 von 10 000. Das Bild entstand fast zufällig im Zelt der Bundestagsfraktion in Bad Doberan nach einer Anhörung nach dem Motto alle aus Ba-Wü sammeln zum Familienbild. Von rechts nach links: Rüdiger Bresien (Schwäbisch Hall), Claudia Haydt (IMI, Tübingen), Gerlinde Strasdeit (Tübingen), Elke Lison (Reutlingen), Heike Hänsel (MdB, Tübingen), Uwe Brauner (Tübingen), Elke Ehinger (Heilbronn), Bernhard Strasdeit (Tübingen), Hasso Ehinger (Heilbronn), Tobias Pflüger (MdEP, Tübingen), Johannes Müllerschön (Offenau) fotografiert von Alexander Kauz (Emmendingen).

Im Bereich Strategien und Alternativen stellte Prof. Elmar Altvater und die Bewegungsakademie von attac das Konzept Solidarische Ökologie vor.

Eher enttäuschend war das internationale Gewerkschafterintreffen, das von Gewerkschaftern gegen Standortkonkurrenz und von der Basisinitiative Solidarität organisiert wurde. Enttäuschend, weil es weit hinter die Möglichkeiten der auf diesem Gebiet Agierenden (AG Betrieb und Gewerkschaft von Linkspartei und WASG, Gewerkschaftslinker, EGB, Labour Net und anderen) zurückfiel.

Von Johannes Müllerschön,

Die Geschehnisse von Rostock

Nach einer Teilnahme an der dreitägigen Klimakonferenz der Uni Greifswald, kam ich um 11:00 Uhr am Bahnhof Rostock an, die Bahnsteige und die Gänge im Bahnhof waren schon voller Leute und auf dem südlichen Bahnhofsvorplatz waren zu diesem Zeitpunkt etwa 10 000 Menschen mit den Vorbereitungen beschäftigt. Riesengroße Pappfiguren, Schlangen und andere Ungeheuer wurden aufgebaut und der Umgang mit ihnen geprobt. Ich selbst hatte eine WASG-Fahne im Rucksack stecken und nahm noch ein Schild von der LINKEN, mit der Aufschrift: „NO G8 – weil sie Natur und Menschen ausbeuten und so die Zukunft zerstören“. Über dem Platz kreisten fast ständig ein bis zwei Hubschrauber, was sehr lästig war. Die Demo verlief ganz entspannt, es waren zunächst auch gar keine Polizisten zu sehen mit Ausnahme von einer Stre-

cke von etwa 300 Metern vor einem Hotel, das war mit Absperrgittern und Polizisten mit Schild, Helm, Beinschützer und Schlagstöcken abgesichert. Ich fragte eine Polizistin warum sie hier sind. „Damit nichts passiert“ war ihre Antwort. Später erfuhr ich, dass in dem Hotel die amerikanische Vorbereitungsdelegation untergebracht ist, die diese Schutzmaßnahme verlangte. Es gab sehr nette Szenen, so putzte z.B. ein Clown ganz vorsichtig das Schild eines Polizisten und seine Kollegin bekam einen Kuss auf ihre Schutzmaske. Unterwegs trafen sich drei Presseleute, einer kam von vorne ein anderer von hinten und tauschten Informationen aus; der der von vorne kam sagte: „Das ist ja eine Riesendemo, der Anfang ist etwa 1 km vor uns“. Das übertraf meine persönliche Einschätzung bei weitem. Nach eineinhalb Stunden, es war 15:00 Uhr, kam ich am Stadthafen, dem Platz der Abschlusskundgebung, an. Der Platz war schon erstaunlich voll und ich stellte mich etwa 400 m von der Tribüne entfernt auf eine etwa 60 cm hohe Mauer, von da hatte ich einen guten Überblick. Wenige Minuten später wurde aus dem Lautsprecherwagen der „Interventionisten“ bekannt gegeben, dass es einige Verhaftungen gab. Die Empfehlung lautete: „Lasst euch nicht provozieren, wehrt euch nur wenn ihr angegriffen werdet, lasst euch nicht auseinandertreiben, zusammen sind wir stärker“. Kurz darauf kam auf dem Gehweg im Grüngürtel neben dem Demo-Platz eine Gruppe von etwa 30 schwarz gekleideten Angerant, die von einer ebenso starken Polizeigruppe gejagt wurde. Auf der Kreuzung zertrümmerten die „Schwarzen“ Geh-

wegplatten und warfen sie gegen die Polizei und trieben so die Polizei wieder zurück. Für einen Augenblick griffen auch Demonstranten aus dem vorbeiziehenden Demozug zu Steinen die an der Mauer lagen, wir konnten sie aber von ihrem Vorhaben abbringen, so dass sich die Situation zunächst schnell wieder beruhigte. Das Steinwerfen begann erneut, als eine weitere Polizeigruppe von etwa 30 Mann im Laufschrift aus der Seitenstraße heran kam. Die Polizisten wurden durch die Steinwürfe zunächst zurück gedrängt. Als das Steinwerfen nachließ rückten die Polizisten bis an den Demoplatz heran und es flogen wieder einzelne Steine. Darauf griff ich erneut in das Geschehen ein und überredete die Steinwerfer keine weitere Gewalt anzuwenden, was zunächst auch befolgt wurde. Ich ging daraufhin zu der Polizeigruppe und fragte nach dem Anführer und bat ihn, sich wieder in die Seitenstraße zurück zu ziehen, denn sie wären für die „Schwarzen“, die inzwischen zerstreut waren, eine Provokation. Der Polizeianführer erklärte, er hätte jetzt keine Zeit für mich ...

Auf der Rückfahrt im Zug erfuhr ich von einem Teilnehmer der im „schwarzen Block“ war, wie es um 15:00 Uhr zur ersten Auseinandersetzung kam. Als der Demozug auf dem Kundgebungsplatz eintraf, stand dort ein einzelnes Polizeifahrzeug, das vom vorbeiziehenden schwarzen Block mit Steinen beworfen wurde. Dies führte zum Zugriff der Polizei, mit den gewalttätigen Kettenreaktionen. Nach meinen Erfahrungen ist es klar, dass für den Moment die Strategie der Deeskalation möglich und wirkungsvoll ist; keiner der 20 bis 25 Steinwerfer, denen ich in die Augen geschaut und klar gemacht habe, dass hier keine Steine geworfen werden, hat sich dagegen gewehrt, alle haben – zumindest in dem Moment – die Steine fallen lassen, niemand hat mich als Hilfssheriff diffamiert. Das wird aber so nicht bleiben. Die Gewalttätigkeit kann nur durch eine andere Politik wirklich überwunden werden. *(Auszüge aus dem Rostocker Demobericht von Franz Groll)*

Erlebnisse auf dem Weg nach Scheinheiliggamm“

Am Sonntag, den 3. Juni 2007 bin ich gegen 10 Uhr auf einem ungesperrten Feldweg von Doberan Richtung Heiligendamm spazieren gegangen bzw. mit dem Rad gefahren. Nach ungefähr zwei Kilometern kam ich an eine Polizeisperre. Dort wurde ich festgenommen, durchsucht und in übelster Weise behandelt: Ich durfte meine Hände auch nach der Durchsuchung nicht in die Tasche stecken, ich durfte nicht telefonieren und

durfte mich zwei Stunden lang (so lange dauerte die Festnahme) nicht hinsetzen. Meine Papier-Taschentücher wurden durch unhygienische Behandlung unbrauchbar gemacht, Medikamente weggenommen und meine Kamera beschlagnahmt. Gegen meinen entschiedenen Protest wurde später die Kamera herausgegeben und die Speicherkarte mit Bildern von Polizeiübergriffen von der Vortagsdemo in Rostock weggenommen. Immer wieder wurde vom Einsatzleiter versucht, mich zu Beleidigungen zu provozieren. Es wurde mir dann ein schriftlicher Platzverweis erteilt. Für die insgesamt fünf Zeilen Beschlagnahmeprotokoll brauchten die zehnköpfige Greiftruppe und eine Schreiberin im Polizeieinsatzwagen zwei geschlagene

Stunden. Dann war aber die Tagebuchnummer immer noch nicht eingetragen, erst auf nachdrückliches Beharren. Mein Personalausweis wurde mir einen Kilometer weiter ausgehändigt. Ich habe dann eine einstweilige Verfügung beantragt. 1. gegen die Beschlagnahme der Speicherkarte 2. auf Aufhebung des Platzverweises. Anders als die Begründung des Platzverweises nahe legt, wurde keine Tatsache benannt die „die Annahme rechtfertigt, dass ich zur Verschärfung bzw. Fortführung der Gefahrenlage oder Begehung einer Ordnungswidrigkeit oder Straftat beitragen werde.“ So heißt es im Zettel, der mir mit zusammen mit einer Karte der Sperrzonen von Heiligendamm ausgehändigt wurde.
von Hartmut Bernecker

SPIEGEL-Online am 24.5

Heike Hänsels Kurzintervention im Bundestag

„Für einen Augenblick wird der Bundestag am Donnerstagmorgen zur kulissenhaften Probe für das G-8-Treffen in Heiligendamm. Matthias Wissmann hat gerade für die Unionsfraktion sein Credo für den „freien Welthandel“ abgelegt, der „die beste Entwicklungshilfe“ sei, da steht die PDS-Abgeordnete Heike Hänsel zu einer Kurzintervention auf. Es schwäbelt nur so aus ihr heraus. Die Frau aus Baden-Württemberg, Attac-Mitglied, redet, als stünde sie schon vor dem Zaun in Heiligendamm. Sie verweist auf die Folgen der Globalisierung in Entwicklungsländern, da stehen plötzlich hinter ihr mehrere Fraktionskollegen auf und halten ein buntes Transparent und Plakate hoch: „Gegenwind G 8“. Es stammt von G-8-Gegnern, die am Morgen vor dem Reichstagsgebäude demonstrieren wollten.“

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, brachte den Protest in den Bundestag. Sie und weitere Abgeordnete der Linksfraktion zeigten im Plenarsaal Plakate der Demonstrant/innen, darauf stand über einem Foto des Stacheldrahtzauns von Heiligendamm: „Ihre Demokratie“. Hänsel kritisierte in einer Kurzintervention den Zaun und das Verhindern der Proteste, die legitim seien. Der Behauptung des CDU-Abgeordneten Matthias Wissmann, Freihandel sei die beste Entwicklungshilfe, hielt Hänsel entgegen, Freihandel in Afrika sei für Armut und Zerstörung von Lebensgrundlagen verantwortlich sei und deswegen auch Men-



schen aus Afrika gegen den Gipfel in Heiligendamm demonstrieren würden.

Für einen demokratischen Weltenergierat

Redeauszüge von Heike Hänsel (MdB) in der klimapolitischen Debatte im Deutschen Bundestag

(...) das Weltenergiesystem, das immer noch auf fossile und atomare Energien setzt, ist zerstörerisch. Der Kampf um Öl und die zivil-militärische Nutzung der Atomkraft sind Konflikursachen und fördern Kriege. Deshalb ist es entscheidend, dass wir die Umstellung unserer Energiesysteme massiv vorantreiben. (Beifall bei der LINKEN)

Ein Instrument dabei – jetzt kommt der entscheidende Punkt, der aber in Ihrem Antrag gar nicht genannt wird – ist die Vergabepolitik der Weltbank und anderer Banken, zum Beispiel der Europäischen Investitionsbank. Die gesamte Vergabepolitik dieser Banken muss kritisiert werden. Es wird hauptsächlich immer noch auf groß dimensionierte

Erdöl-, Erdgas-, Staudamm- und Industrieprojekte gesetzt. Darüber liest man in Ihrem Antrag gar nichts. Es ist klimapolitisch verantwortungslos, in diesem großen Maße immer noch auf fossile Energien zu setzen und damit die großen Öl- und Energiekonzerne zu subventionieren. (Beifall bei der LINKEN Michael Brand (CDU/CSU): Bitterfeld!)

Wir fordern ganz klar den Ausstieg dieser Banken aus der Förderung fossiler Energien und eine konsequente Förderung regenerativer Energien.

Der andere für mich entscheidende Punkt ist, dass Klimaschutz auch eine andere Welthandelspolitik erfordert. Die jetzige Weltwirtschaftsordnung führt zu einer unverantwortlichen Ausbeutung der Natur und einem damit verbundenen drastisch steigenden Rohstoff- und Energieverbrauch, zur Abholzung der Urwälder und zu einem stetig steigenden Transportvolumen an Waren. (Beifall bei der LINKEN – Michael Brand (CDU/CSU): Sozialismus statt Freiheit!)

Mit dem Wald- und Klimaschutz verbinden sich auch Fragen nach den Lebensperspektiven der Menschen in den Ländern des Südens und unserer Art des Wirtschaftens, dem System von Profitmaximierung auf Kosten der Entwicklungschancen der Menschen in den Ländern des Südens. Genau diese Handelspolitik treibt die Bundesregierung im Rahmen der Europäischen Union – Stichwort „Global Europe“ – und der aktuell geplanten Freihandelsabkommen mit Lateinamerika, den EPAs mit den AKP-Staaten, voran. Davon sind die Existenzgrundlagen von Millionen Menschen betroffen. Wenn Menschen keine Perspektiven haben, weil ihre Existenzgrundlage zerstört wurde, wenn beispielsweise die einheimischen Bauern mit den Waren aus den Ländern des Nordens nicht konkurrieren können, dann greifen sie auf andere Ressourcen zurück und holzen u.a. die Wälder ab. Ein Beispiel von vielen ist Haiti. Eine Haupteinnahmequelle von ehemaligen Kleinbauern Haitis ist jetzt die Holzkohle. Die meisten Urwälder in Haiti sind mittlerweile zerstört. Das sind Auswirkungen der neoliberalen Handelspolitik. Wir fordern eine andere, eine solidarische Handelspolitik, wenn es um die Länder des Südens geht. (Beifall bei der LINKEN – Michael Brand (CDU/CSU): Kolchose!)

Es gibt neue, interessante Vorschläge aus Lateinamerika. Ich möchte als aktuelles Beispiel einen Vorschlag aus Ecuador nennen. Dieses Land hat angeboten, auf die Erdölförderung im Amazonasgebiet zu verzichten, wenn es dafür einen Ausgleich auf bilateraler Ebene oder aus einem Kompensationsfonds, angesiedelt bei den Vereinten Nationen, gibt. Hier könnte die Bundesregierung initiativ werden. (Beifall bei der LINKEN)

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

DIE LINKE ruft zur Beteiligung an der Demonstration am 15.9. gegen den Afghanistan-Einsatz auf. Der Parteivorstand hat beschlossen, eine bundesweite Unterschriftensammlung durchzuführen. Dazu erklärt Christine Buchholz, Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand:

DIE LINKE unterstützt die von der Friedensbewegung organisierte Demonstration gegen die Verlängerung des Mandates für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan und ruft ihre Mitglieder und Sympathisanten auf, am 15. September in Berlin zu demonstrieren.

Die Situation in Afghanistan ist katastrophal. Bei dem Krieg geht es nicht um Demokratie und Menschenrechte, sondern um die wirtschaftlichen Interessen der westlichen Industrieländer – auch Deutschlands. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, aber nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt. Da wundert es nicht, wenn die ausländischen Truppen von der Afghanischen Bevölkerung als Besatzer angesehen werden. Durch den Tornado-Einsatz wurde die deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet.



Dabei wird deutlich: Eine Unterscheidung zwischen dem vermeintlichen Wiederaufbau-Einsatz ISAF und der US-geführten Operation Enduring Freedom ist Augenauswischerei. Beide Einsätze sind miteinander verquickt. Durch den Tornado-Einsatz beteiligt sich die Bundeswehr direkt am Krieg.

Die Bundesregierung ist mit verantwortlich für die vielen zivilen Toten, die in den letzten Wochen durch die Bombardierungen zu beklagen sind. Anstatt den Abzug der Bundeswehr zu planen, erwägen Peter Struck und Frank Walter Steinmeier sogar die Entsendung weiterer Soldaten. Damit ziehen sie Deutschland noch weiter in den Kriegssumpf hinein. Die Bundestagsabgeordneten können eine Beendigung der deut-

schen Kriegsbeteiligung herbeiführen. Im September wird über die Verlängerung des ISAF-Mandates, inklusive der Tornados, abgestimmt, im Oktober wird über die Verlängerung der Operation Enduring Freedom abgestimmt.

Wir sagen Nein zur Verlängerung und zur Ausweitung dieser Mandate.

Tornado-Urteil rechtfertigt völkerrechtswidrige Kriegführung in Afghanistan nicht

Zur Ablehnung der Organklage zum Tornado-Einsatz der Fraktion DIE LINKE durch das Bundesverfassungsgericht erklärte Paul Schäfer, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, am 3. Juli.

Mit Bedauern hat die Fraktion DIE LINKE die Feststellung des Verfassungsgerichts zur Kenntnis genommen, dass aufgrund ihrer Interpretationen der VN- und Bundestagsmandate der Tornado-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan vom Grundgesetz gedeckt ist. Allerdings hat das Gericht auch deutlich gemacht, dass es keine Überschneidungen zwischen der US-geführten „Operation Enduring Freedom“ und dem ISAF-Einsatz geben dürfe.

Und darüber, ob dies gewährleistet werden kann, sind erhebliche Zweifel angebracht. Denn was auf dem Papier vielleicht noch sauber getrennt scheint, ist de facto in der Praxis auf afghanischem Boden längst eine gemeinsame Kriegsführungsstrategie von ISAF und OEF. Wie die Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage gezeigt hat, fliegen die Tornado-Flugzeuge auch im Süden und Osten Afghanistans längst mit und sammeln im Vorfeld von Operationen Informationen. ISAF und OEF unterstützen sich gegenseitig bei offensiven Kampfoperationen und nehmen beide Opfer unter der Zivilbevölkerung in Kauf.

Die Fraktion DIE LINKE sieht das Urteil vor allem als Aufforderung, nun noch stärker im Bundestag eine Auseinandersetzung über den Sinn und Zweck des Militäreinsatzes in Afghanistan zu führen. Die zunehmende Zahl von den NATO-Truppen getöteter Zivilisten stellt dies grundsätzlich in Frage. Das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts liefert ausdrücklich keine Rechtfertigung für die Beteiligung der Bundeswehr an dieser völkerrechtswidrigen Kriegführung. Im Gegenteil. Auch die anderen Parteien müssen sich endlich zu ihrer politischen Verantwortung für eine friedliche Perspektive und Konfliktlösung in Afghanistan bekennen.

100 Jahre Sozialisten-Kongress / Eröffnungsrede von Petra Pau

„Überzeugte Demokratin, überzeugte Sozialistin“

Gut besucht war der Große Sitzungssaal im Stuttgarter Rathaus zur Eröffnungsveranstaltung „100 Jahre Internationaler Sozialistenkongress“ am 29. Juni. Eingeladen hatte ein Bündnis von Attac, über die DKP, die Linkspartei bis hin zum Zukunftsforum Gewerkschaften. Oberbürgermeister Schuster hat in einer Broschüre, die zum Gedenken an den Sozialistenkongress erschienen ist, die Teilnehmer herzlich willkommen geheißen. Die Eröffnungsrede hielt Petra Pau, Abgeordnete der Linkspartei und Vizepräsidentin des Bundestags. Sie dankte ausdrücklich der Stadt Stuttgart, die die Veranstaltung im Rathaus ermöglichte und zeigte sich erfreut, dass „vor dem Stuttgarter Rathaus Fahnen unserer Partei wehen“. In der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema Kampf gegen Militarismus sprachen Leni Breymeier, Verdi-Landesbezirksleiterin, Elisabeth Gautier, Espace Marx Paris, Claudia Haydt, IMI Tübingen, Wolfgang Gehrke, MdB DIE LINKE, Leo Mayr, DKP, Hermann Scheer, MdB SPD hatte leider abgesagt.



Ich begrüße alle Anwesenden und ich danke, dass ich eingangs ein paar Gedanken vortragen kann. Sollte allerdings jemand hier sein, der bereits im August 1907 am Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart teilgenommen hatte, dann verzichte ich sofort zu ihren oder zu seinen Gunsten auf das Privileg, das Jubiläum eröffnen zu dürfen.

Da das unwahrscheinlich ist, habe ich mir vorab gedacht: Was hätte sie oder er wohl gesagt. Möglicherweise das: „Wisst ihr, ihr Jungen: Damals war hier wirklich was los. 60.000 waren auf der Straße und alle großen Linken waren in Stuttgart. Gut, so mancher Name wurde erst später groß. Aber sie waren hier. Schauen wir mal, wie sich das heute entwickelt.“

Wobei: Heute sind vielleicht 60.000 im Stadion beim VfB. Dabei stehen noch immer dieselben ungelösten Fragen auf der Tagesordnung – die heißt heute wohl Agenda. Aber egal, es sind dieselben Fragen wie vor 100 Jahren: Wie schaffen wir eine gerechte und friedliebende Welt, ohne Krieg und Ausbeutung?“ Das würde sie oder er vielleicht sagen.

Ich füge hinzu: Deshalb treffen wir uns jetzt auch nicht zu einer historischen Konferenz, im bloßen Rückblick, ein Jahrhundert danach. 2007 ist nicht 1907. Wobei, eines ist geblieben: Nichts wird verschenkt, jedenfalls nicht an die Armen und Bedürftigen. Man muss es

erkämpfen, damals und heute. Bloß wie, das ist die immer währende Frage.

Bei unserer Suche nach Zukunft sollten wir eines nie vergessen. Zwischen 1907 und 2007 gab es einen historischen Großversuch. Ich war Teil des Versuchs, ich habe ihn mitgetragen und mitverloren. Der real-existierende Sozialismus sowjetischer Prägung hat sich als historische Sackgasse erwiesen. Seither bin ich skeptisch, wenn mir ähnliches empfohlen wird.

Als Lehre aus den real-existierenden Defiziten der DDR bin ich eine überzeugte Demokratin geworden. Und aus 17 Jahren Erfahrung mit der real-existierenden BRD bin ich eine überzeugte Sozialistin geblieben, vielleicht auch erst geworden. Auch deshalb sage ich: Selbst wenn die Fragen die alten sind, wir brauchen dennoch neue Antworten.

Ich sage aber auch: Nicht jeder, der neue Antworten bietet, löst die alten Fragen nach Frieden und Gerechtigkeit. „Wir sind das Original“ hatte die SPD vorige Woche auf ihrem Zukunftskongress plakatiert und Kurt Beck hat es reklamiert. Es muss Gründe geben, warum Millionen die derzeitige SPD für eine Kopie halten, die niemand mehr erkennt.

Auch deshalb bedaure ich es, dass es nicht gelungen ist, mehr aktive Sozialdemokraten und linke Grüne für die Veranstaltungen „100 Jahre Sozialistenkongress“ zu gewinnen. Vielleicht lag es an der aktuellen Aufgeregtheit, vielleicht auch an tief sitzenden Enttäuschungen. Aber ohne offene, gemeinsame Debatten wurde es nichts und wird es nichts.

Gerade deshalb macht sich ja die aktuelle SPD-Führung so lächerlich: „Nie mit der LINKEN, nie im Bund und nie im Westen“, schwört sie. Ich weiß aus Erfahrung: Wer so viel Nie als Krücke braucht, ist schon im Fallen. Und aus eigener Erfahrung weiß ich auch: Parolen

sind kein Politik-Ersatz. Deshalb wünsche ich dem Kongress viele Ideen.

Es gibt übrigens zwischen dem Sozialisten-Kongress 1907 und heute noch eine Gemeinsamkeit: Die Zahl „8“! Damals kämpfte die Arbeiterschaft um den Acht-Stunden-Tag. Heute kämpft Die Linke um einen Mindestlohn von 8 Euro je Stunde. Auch dabei ist der Hintergrund immer noch derselbe: „Von Arbeit muss man Leben können!“

Absehbarer Reformvertrag ist ebenfalls ein Militärvertrag

Stimmerklärung von Tobias Pflüger (MdB) zur Plenardebatte im Europäischen Parlament, Straßburg, 10. Juli 2007

Warum ich gegen den EU-„Reformvertrag“ und das Mandat der Regierungskonferenz stimme: Irlands Regierungschef Ahern sagt: „Etwa 90 Prozent des Kernpakets bleiben gegenüber dem europäischen Verfassungsvertrag unverändert“. Das ist analytisch zutreffend, allerdings Betrug an der Bevölkerung in Frankreich und den Niederlanden.

„Das zweite Kapitel enthält die auf der Regierungskonferenz 2004 geänderten Bestimmungen des Titels V des bestehenden EUV (einschließlich des Europäischen Auswärtigen Dienstes und der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich)“.

(Mandat Regierungskonferenz)
Damit sollen alle Regelungen des Verfassungsvertrags für den Militärbereich in den neuen EU-Reformvertrag übernommen werden. Konkret sollen vertraglich festgeschrieben werden:

1. EU-Aufrüstungsverpflichtung;
2. EU-Rüstungsagentur (nun auch im Vertrag);
3. Neue Militärinterventionsoptionen wie „Abrüstungsmaßnahmen“ sprich gewaltsame „Entwaffnungsmissionen“;
4. Militärische Unterstützung von Drittländern „bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“;
5. Enge Kooperation von EU und NATO;
6. Keine parlamentarische Kontrolle bei der Außen- und Militärpolitik;
7. Der EuGH hat in der Außen- und Militärpolitik keinerlei Entscheidungskompetenzen;
8. Militärische Solidaritätsklausel bei der Terrorismusbekämpfung;
9. EU-Battle-Groups für schnelle weltweite EU-Militärinterventionen (nun auch im Vertrag);
10. Militärische „Strukturierte Zusam-

menarbeit“. Einzelne EU-Mitgliedstaaten können militärpolitisch vorgehen;

11. Ermöglichung eines eigenständigen EU-Militärhaushalts zusätzlich zu einzelstaatlichen Militärhaushalten. EU-Aufrüstung und EU-Militarisierung werden beschleunigt. Der Militärbereich war das Rückrat des Verfassungsvertrages. Der absehbare Reformvertrag ist ebenfalls ein Militärvertrag.
Online: <http://tobiaspflueger.twoday.net/stories/4060161/>

NEUE PUBLIKATION KOSTENLOS BESTELLEN: Militärstandorte in Deutschland im Kontext der EU-Militarisierung – Dokumentation der Rundreise von Tobias Pflüger (MdEP) zu ausgewählten Bundeswehrstandorten, Nov. 2006

DIE LINKE antwortet Rech

Auf Zeitungsmeldungen, wonach der baden-württembergische Innenminister Rech der neu gegründeten linken Partei nachrichtendienstliche Beobachtung durch den Verfassungsschutz androht, reagierten die Landessprecher der LINKEN Bernd Rixinger und Bernhard Strasdeit öffentlich:

Beobachten Sie sich besser selbst, Herr Rech! Wer eine Politik des Sozialabbaus betreibt, wer die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander drückt, wer das in der Landesverfassung verankerte Gebot der Lernmittelfreiheit untergräbt, wer das Sozialstaatsgebot verletzt, wer die Berufsverbotepraxis wiederbeleben will, wer sich an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligt oder diese logistisch unterstützt, handelt nicht im Sinne der Verfassung. Kehren Sie also vor der eigenen Tür!

Alle Beschlüsse der LINKEN sind frei zugänglich. Ihre Versammlungen sind öffentlich, ihre Debatten ebenfalls. Die LINKE tritt ein für die parlamentarische Demokratie und will diese durch Formen direkter Demokratie ergänzen. Die LINKE tritt ein für die Überwindung des Shareholder-Kapitalismus und das ausdrücklich mit demokratischen Mitteln. Das Grundgesetz enthält keine Festlegung einer bestimmten ausschließlich auf privatkapitalistischen Eigentumsformen und Profitdenken beruhenden Wirtschaftsordnung.

In den letzten Tagen haben sich viele Menschen auch in Baden-Württemberg entschlossen, der neuen Partei beizutreten. Wir betrachten dies als Ausdruck demokratischer Willensbildung und als Zeichen eines neuen sozialen Engagements in der Gesellschaft. Unsere Mitglieder lassen sich von Herrn Rechts

Dunkelmänner-Drohung nicht einschüchtern. Drohung und Denunziation sind keine Mittel der demokratischen Auseinandersetzung.

Der Landesvorstand der LINKEN weist die Ankündigung von Innenminister Rech zurück und fordert die Landesregierung auf, den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel gegen die neue LINKE einzustellen. Auch die Bundestagsfraktion DIE LINKE. wendet sich gegen die Beobachtung von ihren Mandatsträgern und hat dazu juristische Schritte angekündigt.



Initiative gegen Vorratsdatenspeicherung

Die Bundesregierung will sechs Monate Telefon-, Handy- und E-Mail-Kontaktdaten speichern. Der Widerstand wächst: Ein bundesweiter Zusammenschluss von Bürgerrechtlern, Datenschützern und Usern fordert das Gesetzesvorhaben auszusetzen.

Der Bundestag hat in seiner ersten Lesung den Gesetzentwurf zur Einführung einer allgemeinen Speicherung von Kommunikations-, Bewegungs- und Internetdaten (sog. Vorratsdatenspeicherung) beraten. Die Bundesregierung hatte zuvor ihre Unterstützung für weitere Verschärfungen des Vorhabens signalisiert – sie unterstützt die Forderung, auch privaten „Rechteinhabern“ die Identifizierung von Internetnutzern zu ermöglichen, etwa um die Nutzung von Tauschbörsen im Internet abmahnen zu können. Selbst zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten wie Falschparken will die Bundesregierung die Nutzung der Vorratsdaten zulassen.

Nach Plänen von SPD und Union soll ab 2008 über Monate hinweg gespeichert werden, wer mit wem per Telefon, Handy oder E-Mail in Verbindung gestanden hat. Erstmals sol-

len ohne jeden Verdacht einer Straftat sensible Informationen über die sozialen Beziehungen, die Bewegungen und die individuelle Lebenssituation (z.B. Kontakte mit Ärzten, Rechtsanwälten, Telefonseelsorge, AIDS-Beratung) von über 80 Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern gesammelt werden. Dieses beispiellose Vorhaben stellt die bislang größte Gefahr für unser Recht auf ein selbstbestimmtes und privates Leben dar.

Dass die Regierung laut Haushaltsplan 2008 jetzt auch die „Auswertung von Massendaten“ verbessern will, zeigt, dass wir noch lange nicht am Ende der Überwachungsruetschbahn von CDU/CSU und SPD angekommen sind, sondern immer weiter in Richtung Kontroll- und Überwachungsstaat abgleiten, dies bestätigt der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, ein bundesweiter Zusammenschluss von Bürgerrechtlern, Rechtsanwälten, Datenschützern und Internet-Nutzern, und fordert einen Stopp des Gesetzesvorhabens.

Der Widerstand gegen die von der Bundesregierung geplante sechsmonatige Speicherung aller Telefon-, Handy- und E-Mail-Kontakte weitet sich aus.

Der Arbeitskreis ruft seit November 2006 zur Anmeldung für eine Verfassungsbeschwerde gegen die geplante Vorratsdatenspeicherung auf. Von den mehr als 15.000 Bürgern, die sich bislang meldeten, schickten bereits mehr als 6.000 Teilnehmer dem Berliner Rechtsanwalt Meinhard Starostik eine schriftliche Vollmacht. Die Verfassungsbeschwerde soll eingereicht werden, sobald der Bundestag ein Gesetz zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung verabschiedet. Jeder zehnte der Beschwerdeführer ist in einem Vertrauensberuf tätig, darunter sind Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Geistliche, Psychologen, Sozialarbeiter oder Journalisten.

Am prominenten Beschwerdeführern sind neben dem Bielefelder Rechtsprofessor Christoph Gusy und dem Präsidenten der Internationalen Liga für Menschenrechte Rolf Gössner der Europaabgeordnete Tobias Pflüger und der Bundestagsabgeordnete Jan Korte, DIE LINKE.

Die geplante Speicherung von Telekommunikationsdaten betrifft auch die Partei DIE LINKE, unsere Mitglieder und Interessierte, sowie Menschen die bei uns Rat und Hilfe suchen. Deshalb ist es wichtig dass sich auch aus unseren Reihen viele UnterstützerInnen der Verfassungsbeschwerde anschließen. Ein Meldeformular für die kostenfreie Beteiligung an der Klage und eine Liste der BeschwerdeführerInnen befinden sich auf der Homepage des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung www.vorratsdatenspeicherung.de.

Ute Gsöls-Puhl, Karlsruhe

LINKE lehnt Miniaturausgabe des Rechts auf Verbraucherinformationen ab

Redebeitrag von Karin Binder am 5. Juli zum Verbraucherinformationsgesetz.

Mit dem heutigen Tag hätte die Große Koalition einen verbraucherpolitischen Meilenstein setzen können. Ich betone: hätte! Denn der Gesetzentwurf, den uns die Koalition hier zur Entscheidung vorlegt, ist höchstens ein Stolperstein. Dieses Gesetz ist kein modernes Verbraucherinformationsgesetz, sondern ein Bürokratiebeschaffungsprogramm. Es schreibt für die Informationsbeschaffung einen bürokratischen Aufwand fest, der für die Verbraucherinnen und Verbraucher in keinem Verhältnis zum Ergebnis steht. Wenn ich im Supermarkt wissen will, ob die Paprika an der Gemüsetheke pestizidbelastet sind, dann möchte ich nicht erst einen Antrag bei der örtlichen Lebensmittelkontrolle stellen. Das kann und soll der Händler mir bitte schön selber sagen.

„Mündige Verbraucherinnen und Verbraucher müssen Zugang zu den Informationen haben, der ihnen die bewusste Auswahl von Produkten und Dienstleistungen ermöglichen und eine eigenverantwortliche Marktteilnahme gewährleistet. Und: „Informationen sind am ehesten bei den Unternehmen selbst erhältlich. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten daher die Möglichkeit des Zugangs zu diesen Informationen bekommen. Dies gilt für Lebensmittel, sonstige Produkte und Dienstleistungen gleichermaßen.“

Genauso ist es! Das ist auch meine Meinung. Aber das sind nicht meine Worte. Diese Sätze stammen aus dem Entschließungsantrag 16/2035, den uns die Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen zusammen mit der ersten Fassung des Gesetzes im letzten Jahr hier vorgelegt haben.

Warum haben Sie diese Erkenntnis aus dem Jahr 2006 nicht in dem neuen Gesetzentwurf umgesetzt? Mit unserem Entschließungsantrag unterstützen wir diese Forderungen sogar. Aber Sie haben die Entscheidung des Bundespräsidenten leider nicht als Chance genutzt, im zweiten Anlauf einen besseren Gesetzentwurf vorzulegen.

Sie legen uns jetzt erneut eine Ansammlung von politischen Halbherzigkeiten, Schlupflöchern und Informationsbegrenzungen vor. Sie machen sich schon wieder willfährig zum Anwalt von Wirtschaftsinteressen. Sie ignorieren auch dieses Mal die zahlreichen und berechtigten Einwände von Verbraucherorganisationen und Datenschützern. Ist das nun Halsstarrigkeit, Ignoranz oder Arroganz?

Nicht nur wir wollen, dass die Ver-

braucherinnen und Verbraucher die Informationen bekommen, die sie interessieren und die sie benötigen, ganz gleich, ob es sich dabei um Lebensmittel, technische Geräte oder um Arzneimittel handelt oder ob jemand Informationen zu Finanzdienstleistungen oder Pflegediensten braucht.

Selbstverständlich müssen die Informationen von dort kommen, wo sie am leichtesten, am umfangreichsten und nicht zuletzt am schnellsten verfügbar sind: von den Unternehmern und den Dienstleistern direkt, und zwar ohne Einschränkungen mit Hinweis auf vermeintliche Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse oder sonstige wettbewerbsrelevante Informationen.

Verbraucherinnen und Verbraucher sollen eigenverantwortlich und selbstbestimmt ihre Entscheidungen treffen können. Dazu müssen wir ihnen die Voraussetzungen schaffen. Ein Verbraucherinformationsgesetz, das diesen Namen auch verdient, müsste deshalb ein umfassendes Recht auf Information absichern. Es müsste den kostenfreien Zugang zu Informationen sichern und die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber Wirtschaft und Verwaltung stärken. Aber das tut der vorliegende Entwurf nicht! Deshalb werden wir diesem Informationsbehinderungsgesetz nicht zustimmen.

Wir sehen mit Spannung der versprochenen Evaluierung des Gesetzes in zwei Jahren entgegen.

CSD -Parade: Teil des Ganzen

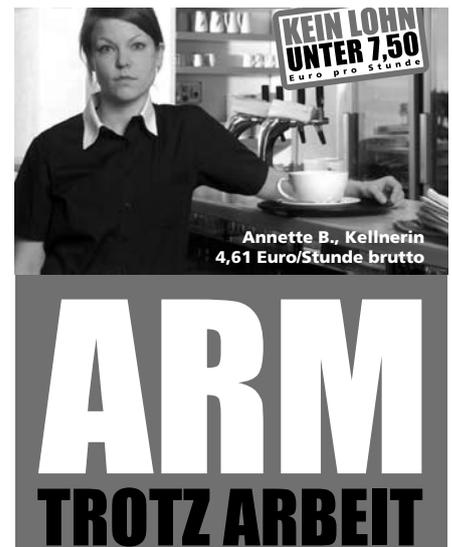
Samstag, 28. August 2007

Die LAG QUEER – BaWü und DIE LINKE, Kreisverband Stuttgart, laden zur Teilnahme an der CSD Parade, der größten in Süddeutschland, ein. Letztes Jahr war Petra Pau zur Unterstützung aus Berlin gekommen, dieses Jahr kommt Jan Korte (MdB) und wird für DIE LINKE bei der Großkundgebung auf dem Schlossplatz sprechen. Alle Parteien (außer der CDU?) nehmen am CSD in Stuttgart teil! Dieses Jahr planen wir die Teilnahme mit einer „Historischen Lokomotive“ plus zwei Anhängern. Es können 30 Personen mitfahren! Jan Korte ist während der gesamten Parade mit dabei! Bitte meldet Euch zum Mitmachen, wir brauchen auch Helfende !! KV Stuttgart: 0711-72 23 68 48 oder info@die-linke-stuttgart.de.

Michael Schlecht¹

Wie weiter mit dem Mindestlohn?

Seit März wird von der SPD der gesetzliche Mindestlohn gefordert. Wie ernst die SPD ihr Eintreten für den Mindestlohn nimmt, ist immer wieder unklar. Einen Eurobetrag gibt die SPD nicht an. Ihre Vorschläge in der Koalitionsarbeitsgruppe laufen auf einen Mindestlohn von nur 6 bis 6,50 Euro je Stunde hinaus. Und wenn man Müntefering hört, scheint er sich lediglich mit Mindestlöhnen in einzelnen Branchen begnügen zu wollen. In Einzelfällen gelingt es die SPD vorzuführen, wie bei der Abstimmung im Bundestag am 14.6.07 über die Entschließung, die nur den Text der SPD-Flugblätter beinhaltet.



Postkarte der Gewerkschaftem zum Mindestlohn

Gleichwohl wird in der Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt, dass die SPD für den Mindestlohn kämpft. Das werden sie auch verstärkt für die Landtagswahlen in 2008 nutzen und auch bis zur Bundestagswahl durchhalten. Durch die Ablehnung von Seiten der CDU/CSU hat die SPD mit dem Mindestlohn eine wichtige Forderung mit der sie die Chance hat sozialpolitisches Profil zu gewinnen.

Wie gehen wir damit um?

Immer wieder darauf zu verweisen, dass die SPD nur aus taktischen Gründen für den Mindestlohn steht, es in Wirklichkeit gar nicht ernst meint, wirkt auf Dauer etwas mäkelig. Es wird uns damit nicht gelingen, wirklich überzeugend der SPD etwas entgegenzusetzen. Um Aufmerksamkeit zu erlangen, müs-

sen wir unsere Forderung überdenken und modifizieren.

1. Der entscheidende Grund für die Forderung nach dem Mindestlohn sind Niedriglöhne für die sieben Millionen Menschen arbeiten. Was sind die Ursachen für Niedriglöhne und Lohndumping? Aufgrund von Massenarbeitslosigkeit und Deregulierung verschlechterte sich bereits in den 1990er Jahren die Tarifbindung und damit auch der Schutz vor Niedrig- und Hungerlöhnen. Unter Rot-Grün wurden dann – unter dem Applaus von CDU/CSU – den Gewerkschaften viele weitere Knüppel zwischen die Beine geworfen. Die entscheidende Fußfessel für die Tarifpolitik ist Hartz IV (2004). Durch den faktischen Fortfall des Zumutbarkeitsschutzes wird massiver Druck auf die Löhne, auf Tarifverträge ausgeübt. Erwerbslose werden gezwungen, praktisch jede Arbeit zu beliebig niedrigen Löhnen anzunehmen. Minijobs

(2003), Leiharbeit (2002) und Befristungen (2001) gehören ebenso zu dem Nährboden, auf dem selbst Löhne von gerade einmal 1,92 Euro je Stunde möglich wurden. Dieser Nährboden wurde von Rot-Grün mit Unterstützung von CDU/CSU sowie FDP bereitet.

Rot-Grün ist für die Ausweitung der Niedrig- und Hungerlöhne verantwortlich. Dieser Entwicklung versuchen heute die Gewerkschaften und DIE LINKE Einhalt zu gebieten. Mit einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn! Genaugenommen handelt es sich dabei um eine Notwehr. Schön, dass die SPD da mitmachen will. Konsequenterweise, hieß die Ursachen, die von der SPD zu verantwortende verfehlte Politik, wieder zu korrigieren. Die SPD ist dazu nicht bereit. Aber für DIE LINKE gilt: Hartz IV muss weg! Weil es ein Verbrechen gegenüber den Erwerbslosen ist und die Beschäftigten immer mehr unter Lohndumping

zu leiden haben. Und Leiharbeit muss zurückgedrängt, Befristungen wieder auf das sachlich notwendig beschränkt werden. Minijobs müssen auf wirklich geringfügige Arbeitsgelegenheiten, zum Beispiel Reinigungsarbeiten in Privathaushalten begrenzt bleiben. Die massenweise Umwandlung von sozialversicherungspflichtigen Jobs – vor allem im Einzelhandel – muss wieder rückgängig gemacht werden.

Auch die, die heute noch Arbeit und noch höhere Stundenlöhne haben, werden immer mehr bedroht. Denn die Lohnstrukturen kommen immer mehr ins Rutschen. Aktuelles Beispiel: Telekom. Bei den Telekom-Konkurrenten gibt es zwar Tarifverträge, die von denen der Telekom nicht stark abweichen. Jedoch sind viele Leistungen, vor allem Call-Center outsourct. Hier wird mit Niedriglöhnen und einem hohen Anteil geringfügig Beschäftigter unter zum Teil skandalösen Bedingungen gearbeitet. Niedriglöhne bei den Konkurrenten stellen einen ökonomischen Druck dar. Hartz IV hat mittelbar mit der Situation von Beschäftigten bei der Telekom und in vielen anderen Betrieben mehr zu tun, als mancher bislang realisiert hat.

Fazit: Wir sollten die Mindestlohn-Kampagne mit dem Thema Kampf dem Lohndumping verbinden! Genaugenommen ist die Forderung nach dem Mindestlohn eine Notwehr.

2. Das Thema Mindestlohn ist mittlerweile in aller Munde. Ist es nicht Zeit die Forderung bezüglich der Höhe des Mindestlohns zu überprüfen? Warum nicht 9, oder 10 Euro fordern? Eine erhöhte Forderung wird bei vielen Beschäftigten, die heute deutlich darunter liegen insbesondere in Ostdeutschland noch mehr die Sorge verstärken, ob ein Mindestlohn nicht zur Arbeitsplatzvernichtung führt. Alle guten Argumente werden diese Sorgen nie ganz beseitigen können. Deshalb erscheint es sinnvoll bei den 8 Euro zu bleiben. Aber wir sollten das Plus von 8+ konkretisieren. Zum Beispiel: wir fordern 8 Euro nur als Einstieg und wollen dann in schnellen Schritten 10 Euro erreichen. Damit würden wir deutlicher als bisher machen, dass wir uns nicht mit einer Regelung bescheiden, die im Vergleich mit wichtigen westeuropäischen Ländern faktisch das Lohndumping am unteren Ende fortsetzt. Mit der Zielmarke 10 Euro würden wir oberhalb aller bisherigen Mindestlöhne liegen.

Um wirklich mit einem Mindestlohn aus dem Arbeitslosengeld II herauszukommen reichen weder 7,50 noch 8 Euro. Um sicher die meisten Betroffenen aus dem Anspruch auf Arbeitslosengeld II herauszubringen sind 9, ja im Grunde 10 Euro erforderlich. Dies gilt umso mehr, in Anbetracht unserer Forderung nach Anhebung des Arbeitslosengeld II Grundbetrages von 325 auf 420 Euro.

Große Koalition: Kosmetik statt Mindestlohn

SPD stimmt gegen eigene Forderung

In der Öffentlichkeit sammelt die SPD Unterschriften für einen gesetzlichen Mindestlohn. Als Regierungspartei stimmte sie gegen einen Antrag der Linksfraktion im Bundestag, der wortgleich ihren Unterschriftentext aufnimmt. Damit stellt sie die Koalitionsdisziplin über das von ihr proklamierte Ziel, endlich Schluss mit Armut trotz Arbeit zu machen.

Große Koalition: Kosmetik statt Mindestlohn

Es ist deutlich geworden: Mit der Großen Koalition wird es keinen einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn geben. Der Koalitionskompromiss – die Ausweitung des Entsendegesetzes und die Nutzung des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes – ist mehr als unzureichend.

Ausweitung des Entsendegesetzes ist Augenwischerei

Das Entsendegesetz schreibt für die Beschäftigten einer Branche – unabhängig von ihrer Herkunft – einen festgelegten Lohn vor. Die Höhe dieses Mindestlohns richtet sich nach den Tarifverträgen, den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden der jeweiligen Branche vereinbart haben. Das Entsendegesetz gilt bisher nur für die Baubranche und die Gebäudereinigung.

■ Die Ausweitung des Entsendegesetzes betrifft nur sehr wenige Branchen. Die Koalition will nur diejenigen berücksichtigen in denen bundesweite Tarifverträge mit einer Tarifbindung von mindestens 50 Prozent gelten. Die Masse der Beschäftigten, etwa in Call-Centern, im Frisörhandwerk oder im Bewachungsgewerbe, gehen leer aus.

■ In einigen betroffenen Branchen sind die Gewerkschaften nicht in der Lage, existenzsichernde Löhne in Tarifverträgen zu verankern. Die Ausweitung des Entsendegesetzes ändert nichts an der Höhe dieser Löhne.

Mindestarbeitsbedingungsgesetz stiftet Chaos und löst das Problem nicht

Mit dem überarbeiteten Mindestarbeitsbedingungsgesetz sollen Mindestlöhne für Branchen festgesetzt werden, in denen keine Tarifverträge existieren oder die Tarifbindung unter 50 Prozent liegt.

■ Es wird eine Vielzahl regional unterschiedlicher branchenbezogener Mindestlöhne geschaffen. Eine wirksame Kontrolle der Einhaltung der Mindestlöhne ist nahezu unmöglich.

■ Die existenzsichernde Höhe von 8 Euro ist damit nicht garantiert.

Ein einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8 Euro muss her!

DIE LINKE setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8 Euro ein. Millionen Beschäftigten, die für Armutslöhne arbeiten, steht ein Leben in Würde zu. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist notwendig, weil er endlich eine Untergrenze gegen den freien Fall der Löhne einzieht und damit allen Beschäftigten nützt.

Mitmachen! <http://mitglied.die-linke.de>
Telefon 030/24 099-555

www.die-linke.de

DIE LINKE.

Landes-AG Betrieb und Gewerkschaft neu gegründet

Die Vorhaben im Herbst und Winter

Am 9. Juli ist aus dem gewerkschaftlichen Arbeitskreis beider Ex-Parteien die Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft in Baden Württemberg der Partei DIE LINKE geworden. Bis zu einer regulären Landesmitgliederversammlung mit ordentlichen Wahlen im Januar oder Februar des kommenden Jahres übernimmt der alte Arbeitskreis diese Funktion. Hasso Ehinger ist der Verantwortliche.

Also alles beim Alten? Nein, denn auch hier treffen zwei Kulturen aufeinander, die miteinander klarkommen müssen: Den WASG-Gewerkschaftern waren formale Strukturen zwar nicht fremd, aber sie brauchten sie nicht. Sie trafen sich informell, besprachen sich, publizierten ihre Ergebnisse – und es kam Brauchbares dabei heraus. Beispiel: Die komplette Partei-Aktion zur Rente mit 67 wurde anfangs in Baden-Württemberg, später dann in der ganzen Republik unter anderem auch von uns inhaltlich versorgt.

Bei der Linkspartei waren die innerparteilichen Zusammenschlüsse, also auch die Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft, satzungsmäßig verankert, was formelle Strukturen voraussetzte. Nun hat in Baden-Württemberg die AG bereits hundert Mitglieder. Und somit erscheint es sinnvoll, in absehbarer Zeit die angesprochene Landesmitgliederversammlung durchzuführen. In

der Zwischenzeit werden alle Mitglieder mit den kompletten Informationen versorgt werden.

Dass wir auch in der Bundesarbeitsgemeinschaft „B&G“ in Zukunft eine Rolle spielen wollen, dokumentieren wir dadurch, dass wir die bundesweite Konstituierung der AG in Stuttgart ausrichten. Für den Abend des 8.9.2007 ist ein Festakt geplant.

Aus der Milo- wird die Milolodum-Kampagne

Die SPD hat ja urplötzlich das Thema Mindestlohn wieder für sich entdeckt. Noch bei den Erste-Mai-Kundgebungen sammelte sie Unterschriften für den Mindestlohn. Dann hat die Linksfraktion im Bundestag diesen Text im Bundestag eingebracht, und erwartungsgemäß haben bis auf vier alle SPD-MdBs gegen ihren eigenen Text gestimmt. Hätten die SPD-Abgeordneten ihrem eigenen Text zugestimmt, wäre die parlamentarische Mehrheit vorhanden gewesen, denn auch die Grünen stimmten dem eigentlichen SPD-Antrag zu.

Richtig dicke für die SPD kam es aber dann im Koalitionsausschuss: Die Hardliner der CDU dankten der SPD für ihre Koalitionstreue, indem sie sie beim Mindestlohn auflaufen ließen: Sie bewegten sich keinen Millimeter. Münterfering schäumte kamerawirksam, das änderte aber nichts mehr daran, dass

die Millionen Geringverdienenden und Hungerlöhner von der SPD betrogen waren.

Somit ist unser eigentliches Thema Mindestlohn das gefundene Wahlkampfthema der SPD für 2009. Darauf müssen wir reagieren. Deswegen schlagen wir vor, das Thema Mindestlohn nur noch im Zusammenhang mit Lohndumping zu diskutieren, denn eigentlich ist der Mindestlohn eine Notwehrforderung. Aber die Not fiel nicht vom Himmel, sondern sie wurde herbeigeholt.

Friedrich Engels: Arbeit wie Dreck ...

Wenn es die Ware Arbeit am Arbeitsmarkt gibt wie Dreck, dann ist sie nichts mehr wert. Wenn man sich also einmal anschaut, warum die Mindestlohnforderung überhaupt aufliegt, dann erkennt man, dass alles getan wurde, Arbeit zu entwerten:

- Hartz VI mit dem Druck, jede Arbeit anzunehmen.
- Die geplante Lebensarbeitszeitverlängerung durch die Einführung der Rente mit 67 und dem Auslaufen der geförderten Altersteilzeitregelungen. Ja selbst das in Baden-Württemberg etablierte Turbogymnasium ist als Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu sehen, da hier Ausbildungszeit gekürzt wird.
- Die Erleichterungen für die Leiharbeitsfirmen.
- Die Ausweitung der sogenannten Minijobs.

Das bedeutet, dass wir – im Gegensatz zur SPD – nicht einfach nur den Mindestlohn fordern, sondern dass wir eben auch alle diese herbeigeholten Lohndumping-Maßnahmen wieder zurückschrauben wollen.

AG Betrieb und Gewerkschaft lädt ein: Regionale Betriebsrätekonferenzen der LINKEN. Was Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter von der Bundestagsfraktion der Linken erwarten können. Treffen mit Betriebs- und Personalräten:

in Aalen, am Freitag, 28.9.2007, 19 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben, für Heidenheim, Aalen, Schwäbisch Gmünd und Schwäbisch Hall mit Klaus Ernst, Ulrich Maurer, Heidi Scharf und Roland Hamm

in Mannheim, am Donnerstag 27.9., 19 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben, für Ludwigshafen, Mannheim, Heidelberg und Weinheim in Mannheim, mit Werner Dreibus, Ulrich Maurer und Bernd Riexinger

Neukonstituierung der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft

am 8. und 9. September in Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Willi-Bleicher-Str. 20. Im Rahmen einer turnusmäßigen Arbeitstagung der Bundesarbeitsgemeinschaft B&G findet die Neugründung der AG in der Partei DIE LINKE statt.

Vorläufiges Programm

8.9.2007 – Samstag

11:00 Uhr Manfred Dietenberger – Die Bedeutung des Internationalen Sozialistenkongresses 1907 in Stuttgart

13:00 Uhr Arbeitskonferenz – Liberalisierung des Postdienstes in Europa

19:30 Uhr Gründungsfestakt, Angefragt u.a. Jürgen Peters, IG Metall. Musik von Taxus Baccata

9.9.2007 – Sonntag

9:00 Uhr Konstituierende Sitzung der Bundesarbeitsgemeinschaft B&G, Vorstandswahlen

12:30 Uhr Ende der Konferenz

Vorankündigungen

Mindestlohn und Lohndumping

Eine eintägige Arbeitskonferenz mit Fortbildungscharakter für Verantwortliche aus den Kreisverbänden. Vorbereitung von Infoständen und öffentlichen Diskussionen. Wird November/Dezember 2007 stattfinden, Ort wird noch bekanntgegeben.

Wie wir die Rente mit 67 verhindern

Eine eintägige Arbeitskonferenz mit Fortbildungscharakter für Verantwortliche aus den Kreisverbänden. Vorbereitung von Infoständen und öffentlichen Diskussionen. Wird Februar/März 2008 stattfinden, Ort wird noch bekanntgegeben.

Die „Rente mit 67“ ist eine tickende Zeitbombe für die SPD

Nirgendwo wird das Zerwürfnis zwischen der (eigentlich) Pro-SPD-IG Metall und der SPD so deutlich wie bei der Rente mit 67. Nachdem die Abstimmung im Bundestag durch war (lediglich neun SPD-MdBs stimmten gegen die Rente mit 67) war die Reaktion bei der IG Metall angesiedelt zwischen Tobsucht und Sprachlosigkeit. Kaum ein Metalller hätte jemals gedacht, dass „seine“ SPD dem zustimmen würde. Andererseits hatten wohl alle SPD-MdBs unterschätzt, welche Verletzungen sie mit ihrem Abstimmungsverhalten den Metall-Funkti-

onären zufügen. Natürlich gilt das auch für die anderen Gewerkschafter. Aber bei vielen Betriebsräten der IG Metall war die Verbundenheit zur SPD eben besonders hoch.

Deswegen kann man nicht behaupten, das Thema Rente mit 67 begegnet uns erst wieder bei der Bundestagswahl. Spätestens wenn klar wird, wie die neuen Altersteilzeitregelungen aussehen werden, kann diese Bombe platzen, denn die Gefahr besteht, dass die Regierung die Altersteilzeit nicht mehr fördert. Dann wird es kein Halten mehr geben, dann wird die Rente mit 67 sofort wieder Thema, nur eben mit dem Unterschied, dass die damaligen Hoffnungen

zwischenzeitlich als Illusionen enttarnt sind. Wir bleiben dran. Sowieso.

Demnächst ...

Nach den erfolgreichen Betriebsrätekonferenzen mit Oskar Lafontaine und Klaus Ernst in Stuttgart sind zwei weiter geplant: Eine für den Raum Weinheim/Heidelberg/Mannheim/Ludwigshafen mit Werner Dreibus und eine für den Raum Heidenheim/Schwäbisch Hall/Schwäbisch Gmünd/Aalen mit Klaus Ernst. Zu den Themen Mindestlohn/Lohndumping und „Rente mit 67“ führen wir zwei landesweite ganztägige Arbeitskonferenzen mit Fortbildungscharakter durch.

Stefan Dreher

Drogenpolitik

Blockt die CDU im Land weiter?

Zunächst bis 2010 kann die AWO in Karlsruhe den Modellversuch zur Heroingabe an Schwerstabhängige fortsetzen. Eine Genehmigung des Bundesinstituts für Arzneimittel macht die Weiterführung der Behandlung der aktuell 13 Schwerstabhängigen zunächst möglich. Auf bis zu 30 Patienten kann die Zahl der Teilnehmer demnach noch insgesamt erhöht werden. Karlsruhe ist neben sechs weiteren deutschen Städten die einzige Stadt in Baden-Württemberg, die sich an dem Modellprojekt beteiligt hat. Nach Angaben des Sozialministeriums kommen in Baden-Württemberg insgesamt 200 Schwerstabhängige für die sogenannte diamorphingestützte Behandlung infrage. Im Mai beschloss der Karlsruher Gemeinderat ohne Gegenstimmen, die Kosten des Modellversuchs weiter zu tragen. Ein Fortschritt. Noch 2002 hatte die CDU im Gemeinderat bei den Haushaltsberatungen jegliche Unterstützung abgelehnt und die üblichen reaktionären Polemiken abgefahren.

Seitens der baden-württembergischen Landesregierung erfolgte für den Modellversuch keinerlei finanzielle Beteiligung. Im November 2006 erteilte der CDU-Landesparteitag der CDU-Sozialministerin Stolz, die den Modellversuch befürwortet, eine deutliche Abfuhr. Bei einer von der SPD-Landtagsfraktion im November 2006 beantragten aktuellen Debatte – Thema: „Nach dem CDU-Landesparteitag – Wird die Landesdrogenpolitik von Ideologie oder wissenschaftlich belegten Fakten bestimmt?“ – betonierte die CDU nach dem Motto: „Nicht zuständig“ und schmollte beleidigt, die Debatte leide ein wenig unter Schlagzeilen wie „Liberalisierung“, „Freigabe von Heroin in der Drogenpolitik“ oder „Heroin auf Krankenschein“. Damit habe man nichts zu tun, und im übrigen sei der Bund für

eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zuständig. Eine solche Änderung des Betäubungsmittelgesetzes ist notwendig, um der diamorphingestützten Behandlung die rechtlichen Grundlagen zu verschaffen. Im April 2007 verweigerte sich die CDU einem SPD-Antrag im Landtag, durch eine Bundesratsinitiative die diamorphingestützte Behandlung zu ermöglichen. Wieder fiel der Landes-CDU nichts besseres ein als die gebetsmühlenartige Wiederholung ihrer aus den 90iger Jahren des letzten Jahrhunderts stammenden drogenpolitischen Grundsätze niederzubeten. „Vier Säulen“: „Erstens Suchtprävention, zweitens Suchthilfe, drittens Repression und viertens Überlebenshilfe“, um dann zum Kern zu kommen: „Die Legalisierung illegaler Drogen kann nicht Bestandteil einer verantwortungsvollen Politik sein“, sprach der Abgeordnete Stefan Teufel, CDU. Jetzt sei die Bundesregierung dran. Die mehr oder weniger offene Sympathie in der CDU insbesondere für die „dritte Säule“ braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden.

Nicht nur bei den Beteiligten Schwerstabhängigen, auch bei den am Modellversuch beteiligten Institutionen und Beschäftigten hat die CDU damit für erhebliche Verunsicherung über die weitere Arbeit gesorgt. Die CDU ist in dieser Frage isoliert – selbst der Koalitionspartner FDP distanziert sich. Ende Mai hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Mappus, die AWO-Ambulanz in Karlsruhe besucht und anschließend angeblich erklärt, die CDU habe sich verändert. Es gelte, das Heroinprojekt auf „saubere, rechtliche Füße“ zu stellen und einen „Weg aus der Sackgasse“ bei der kontrollierten Heroinabgabe finden. Man darf gespannt sein, welche weiteren Zumutungen da in der CDU ausgebrütet werden.

Wer sich mit der Studie näher beschäftigen möchte, dem sei die Internetseite dazu empfohlen: www.heroinstudie.de

Matthias Paykowski, Karlsruhe

Jeder Euro fürs Studienzentrum Weikersheim ist einer zuviel

Zum geplanten allmählichen Ausstieg des Bundes aus der Förderung des nationalistischen Studienzentrum Weikersheim erklärte Gesine Lötzsch, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE am 28. Mai:

Die Bundesregierung will sich allmählich aus der Förderung des umstrittenen rechtskonservativen Studienzentrums Weikersheim zurückziehen. Dies hat der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, erklärt.

Das Studienzentrum war 1979 mit Spenden aus der Industrie aufgebaut worden und wird von der Stiftung des früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger unterstützt. Immer wieder hat das Studienzentrum Vertretern rechtsradikalen und antisemitischen Gedankenguts eine Plattform geboten. Nach längerem Zögern war vergangene Woche der jetzige Ministerpräsident Baden-Württembergs Günther Oettinger auf öffentlichen Druck hin aus dem Studienzentrum Weikersheim ausgetreten.

DIE LINKE hatte im Haushaltsausschuss einen Antrag auf Streichung der Bundesmittel für das Studienzentrum Weikersheim gestellt. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalition abgelehnt. Die Grünen stimmten für den Antrag, die FDP enthielt sich. Es ist bedauerlich, dass der Bund die Förderung nicht sofort einstellt. Jeder Euro für das Studienzentrum Weikersheim ist einer zuviel.



„Liebe Deine Rasse“ – Neonazistinnen auf dem Vormarsch

Im September vergangenen Jahres gründete die NPD ihre Frauenorganisation „Ring nationaler Frauen“, RNF. Gitta Schübler, Mitglied der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, ist Bundessprecherin. „Ziel der RNF ist vorrangig in der Öffentlichkeit auf die Anliegen weiblicher Nationalistinnen aufmerksam zu machen, ... und auch als Sprachrohr der nationalen Frauen – nach innen und nach außen – zu dienen.“ So in der Presseerklärung anlässlich der Gründung. Der RNF verstehe sich auch als eine Art Dachverband, der gerne sämtliche nationalen Frauen zusammenbringen möchte ... und die möglicherweise existierende Hemmschwelle, in die Partei einzutreten, abbauen will. Zu dem im Januar 2007 in der Berliner Parteizentrale der NPD zweiten bundesweiten Treffen des RNF erklärte RNF-Sprecherin Stella Palau „Vertreterinnen aus vielen Teilen Deutschlands waren angegeist“.

Die neofaschistische Szene gilt gemeinhin als Männersache. Doch verstärkt tauchen seit Beginn der 90er Jahre neofaschistische Frauenorganisationen auf. Es gibt für alle Angebote, für nationale Mamis, Skingirls oder altbackene Kaffeekränzchen für braune Omis. Wer für rechtsextremistische Häftlinge Päckchen packt, findet sich in der so genannten HNG – die Hilfgemeinschaft nationaler Gefangener – wieder, das „braune Kreuz“, der so genannte Nationale Sanitätsdienst lockt „medizinisch Interessierte“. Der „freie Mädelsbund“ wendet sich an junge Frauen, die „noch“ keine Kinder haben.

Speziell Mütter ruft die Gemeinschaft deutscher Frauen (GDF) auf. Sie stellt dafür eine „Zwergenseite“ ins Netz. Die Nachfolgeorganisation des Skingirl Freundeskreises Deutschland, davor Skingirl Front Deutschland, ist die größte neofaschistische Frauenorganisation. Sie wendet sich an „nationale“ Frauen mit dem Aufruf „leben in einer Zeit, in der wir uns unserer Rolle, in der deutschen Volksgemeinschaft immer wieder auf ein neues klar machen müssen“, behauptet „in Deutschland gab es nie eine faschistische Bewegung“, weist auf NPD-Aufmärsche hin und stellt eine Karte ins Netz, auf der die „Wiedervereinigung“ mit polnischen Gebieten gefordert wird.

Andrea Röpke, Politologin und freie Journalistin, Expertin auf dem Gebiet der Neofaschisten, beschäftigt sich intensiv mit der Neonazistinnenszene. Ihr Buch „Die Retterin der weißen Rasse – Rechtsextreme Frauen zwischen Straßenkampf und Mutterrolle“, sowie ihre Anfang des Jahres veröffentlichte DVD „Neonazistinnen – Frauen in der rechten Szene.“ sind wahre „Who is who's“

der neofaschistischen Frauenszene. Am Bundesvorstandsmittglied der NPD, Stella Palau, zeigt sich, mit welcher Konsequenz Frauen ihre neofaschistische „Mission“ verfolgen: Sie führte den Skingirlfreundeskreis Deutschland, war Gründungsmitglied der GDF, ist jetzt Sprecherin der RNF.

Renate Feldmann vom Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus, weist darauf hin, dass es ebensoviel „rechts“ denke Frauen wie Männer gebe. In Neonazi Gruppen und Organisationen seien zwischen 20 und 30 Prozent Frauen zu finden, in Parteien zwischen 7 und 20 Prozent. Der Generalsekretär der NPD, Peter Marx, gab im Februar 27 Prozent Frauenanteil in der NPD an, bei Zugängen sogar 50 Prozent.

Die Neonazistinnen arbeiten als ganz normale Frauen in ganz normalen Berufen. Sie sind unauffällig und anpassungsfähig, „die Netten von nebenan“. „Die Gefahr, die von dieser Szene ausgeht, wird unterschätzt“, so Michela Kötting, Sozialwissenschaftlerin an der Uni in Göttingen. Und die Soziologin Renate Bitzan weist auf eine grundlegenden Veränderung hin: Rechtsextreme, nationalistische gesinnte Männer müssen sich ihre Freundinnen und potentielle Ehefrauen nicht mehr außerhalb der Szene suchen. „Komplette Familien werden heute nach einem rechten Weltbild erzogen“. Da passt es, wenn die völkische

Truppe „Heimatreue Deutsche Jugend“ HDJ, die größte Jugendbetreuende Neonazi Organisation, Kinder ab 7 Jahren in Zeltlagern „ideologisch erzieht“. In ihrer Zeitschrift Funkenflug heißt es: „Doch aus den sittlich hoch stehenden, untadeligen Menschen wurde nichts mehr. Die letzten Reste des großen Traums gingen 1945 in den Trümmern der Reichshauptstadt unter“.

Offenbar werden diese Kinder, insbesondere die Mädchen zur Retterin der weißen Rasse erzogen. „Gegenwärtig ist im Rechtsextremismus eine transnational kompatible pan-arische Ideologie auf dem Vormarsch, die in der Szene selbst auch so genannt wird. Diese pan-arische Ideologie ist nicht mehr slawophob wie der Nationalsozialismus; sondern sie bezieht ausdrücklich alle „Arier“ mit ein – also Angehörige der „weißen Rasse“, wo immer sie sich aufhalten, sei es in Russland, in Südamerika, sei es in Nordamerika, in Australien oder irgendwo anders auf der Welt. Für die Vertreter dieser pan-arischen Ideologie geht es vor allem darum, die „weiße Rasse“ zu bewahren und nicht mehr in erster Linie die Nation“, beschreibt Thomas Grumke auf einer Tagung der Friedrich Ebert Stiftung 2005 die Internationale Situation des Antisemitismus.

Anne Rieger, Landessprecherin der VVN/BdA in Baden-Württemberg



Junglehrer sehen rot

Die Linke unterstützt Protest – über 5000 Lehrern/innen droht Arbeitslosigkeit

3.000 statt der erwarteten 1.000 Lehrerinnen und Lehrer haben sich am Dienstag, den 10. Juli in Stuttgart für mehr Lehrerstellen und kleinere Klassen stark gemacht. Sie verlangten unter anderem die sofortige Wiederbesetzung aller gesperrten und gestrichenen Lehrerstellen verlangt. Dadurch könnten rund 1.000 Lehrer/innen mehr im September eingestellt werden. Auf einer acht Meter langen und vier Meter hohen „Mauer

der Bildungsbarrieren“ zeigten Vertreter/innen der 48 Ausbildungsseminare das Ausmaß der katastrophalen Einstellungssituation. Die GEW ließ 5.000 Luftballons steigen und appellierte damit an die Bevölkerung, sich für mehr Lehrerstellen und eine bessere Unterrichtsversorgung einzusetzen.

„Wir werden jede durch Schülerrückgang frei werdende Lehrerstelle wieder besetzen“, versprach die Landesregierung vor einem Jahr in ihrem Koalitionsvertrag. Ein Jahr später hat sie durch Stellensperre und Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Referendare bereits 870 Stellen gestrichen und schickt 5.000 gut ausgebildete junge Lehrer/in-

nen in die Arbeitslosigkeit, während die Klassenzimmer in unseren Schulen weiterhin überfüllt sind. Die GEW ruft zu weiteren Protesten auf.

Arbeitslose unterrichten potentielle Arbeitslose

Geradezu zynisch nannte der Sprecher der neuen Partei „Die Linke“ den Plan des Ministerpräsidenten Oettinger, künftige Arbeitslose durch jetzige Arbeitslose unterrichten zu lassen. Ein erheblicher Teil der an Grund- und Hauptschulen ausgebildeten Junglehrer müssten nämlich zum 1. August Hartz-IV beantragen, da 521 Stellen „gesperrt“ wurden. Krankheitsvertretungen und Stützkurse würden in erheblichem Umfang gestrichen. Gleichzeitig verkünde die Landesregierung großspurig ein Rettungsprogramm für die Hauptschulen, das Junglehrern zu einem Bruchteil von Lehrgelöhnlern befristete Zeitverträge als „Schulassistenten“ anbiete.

Statt jährlich neue Tests und Überprüfungen einzuführen, solle der Klassenteiler gesenkt, Schulsozialarbeit wieder durch das Land gefördert und eine Ausbildungsgarantie gesetzlich verankert werden, die durch eine Ausbildungsumlage finanziert wird.

Die Erhöhung der Stundentafel um je 1,5 Stunden in Klasse 5 und 6 ist positiv zu sehen, gleicht allerdings nicht aus, dass den Klassen je 2 Stunden Stützkurs zustehen, die weitgehend ausfallen, da an HS der Ergänzungsbereich fehlt (der den Gymnasien weitgehend direkt zugewiesen wird!).

Es ist schwer nachzuvollziehen, dass sich das Land aus der Finanzierung der Schulsozialarbeit zurückgezogen hat und nun mit den pädagogischen Assistenten auf eine Billigvariante setzt.

DIE LINKE zu Gast im Forschungszentrum Karlsruhe

Am 12. Juli 2007 besuchte Karin Binder, Fraktionssprecherin für Verbraucherschutz, das Institut für Nanotechnologie im Forschungszentrum Karlsruhe. Begleitet wurde sie durch die Wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Dr. Petra Sitte. Die Nanotechnik beschäftigt sich mit dem Einsatz von Stoffen und Partikeln die etwa 1000mal kleiner sind als der Durchmesser eines Haars und gilt als eine sog. „Zukunftstechnologie“. Im Mittelpunkt des Interesses der linken Bundestagsabgeordneten stand sowohl die aktuelle Risikoforschung im Bereich Nanotechnik als auch die geplante Kooperation der Universität Karlsruhe mit dem Forschungszentrum (KIT = Karlsruhe Institute of Tech-



nology). Unter den Gesprächspartnern waren auch Vertreter der verschiedenen Mitbestimmungsgremien. Diese thematisierten den Wunsch nach Erhalt der mit dem Forschungszentrum gewachsenen Formen der Mitwirkung. DIE LINKE wird sie darin unterstützen und die Kooperation in Form des KITs kritisch begleiten.

Unterstützung für die Gemeinde Neuhausen

Mit einem Solidaritätsschreiben und Grußwort an die Gemeinde Neuhausen und die Schutzgemeinschaft Filder e.V. war der Kreisverband DIE LINKE Esslingen am Aktionstag in Neuhausen vertreten. Thomas Mitsch konnte das Solidaritätsschreiben an Neuhausens Bürgermeister Ingo Hacker übergeben. DIE LINKE Kreisverband Esslingen solidarisiert sich mit den Forderungen der Gemeinde Neuhausen und der Schutzgemeinschaft Filder e.V. und unterstützt die Forderungen nach keiner zweiten Startbahn am Flughafen Stuttgart, keine Zunahme der Einzelschallereignisse, ein striktes Nachtflugverbot wie am Bodensee und gegen die Erhöhung der Lärm- und Schadstoffbelastung. Bernd Lupow erläuterte, dass sich innerhalb von 18 Jahren die Zahl der Flugbewegungen praktisch verdoppelt hat. Mit über 10 Millionen Fluggästen hat der Flughafen Stuttgart eine Schallgrenze erreicht. Die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger ist enorm. Die Auswirkungen sind im gesamten Großraum Stuttgart bemerkbar.



3535 Unterschriften gegen Fahrplankürzungen

Übergabe bei Staatssekretär Rudolf Köberle mit oberbürgermeisterlicher Unterstützung

Am Mittwochnachmittag, 23.5.2007 übergab eine Delegation aus Esslingen, Tübingen und Reutlingen im Stuttgarter Landtag 3535 Unterschriften gegen die Fahrplankürzungen bei der Bahn insbesondere auf der Strecke Tübingen–Stuttgart.

Empfangen wurde die Gruppe vom Staatssekretär im Innenministerium Rudolf Köberle. Reinhart Czisch vom Tübinger Bündnis gegen Sozialabbau übergab die Unterschriften.

Die Delegation setzte sich zusammen aus Vertretern der das Bündnis tragenden Organisationen und Parteien. Bernhard Strasdeit war als Vertreter der Linken PDS und als Mitglied des Kreistages anwesend, Reni Knobel begleitete die Delegation als Sprecherin des AK Montagsdemonstration und als Vertreterin der Gewerkschaft Verdi in Tübingen, Jürgen Heller vertrat die Attac Reutlingen, Gabi Wülfers den TAT (Tübinger Arbeitlosen Treff).

Begleitet und unterstützt wurde die Delegation vom Rottenburger Oberbürgermeister Tappeser (CDU), der als Landtagsabgeordneter des Wahlkreises Tübingen Staatssekretär Köberle die Delegation seines Wahlkreises vorstellte. Die Rücknahme der Fahrplankürzungen unterstützt er auch inhaltlich, wenn auch nicht den vom Tübinger Bündnis gleichzeitig geforderten Verzicht auf die Privatisierungspläne für die Bahn.

Gleiches gilt auch für den Tübinger Oberbürgermeister Palmer, der am selben Tag seine Abschiedsrede als Landtagsabgeordneter hielt.

Czisch erklärte zur Übergabe der Unterschriften, das Tübinger Bündnis habe sich zur Unterschriften-Sammelaktion entschlossen, da es die Fahrplankürzungen auf der viel frequentierten Strecke Tübingen–Stuttgart gleichermaßen für unsozial wie ökologisch fragwürdig halte.

Die Kürzungen träfen ausgerechnet vorrangig Berufspendler, die arbeitsbedingt nur auf Kosten verlängerter Abwesenheitszeiten von zuhause diese zu kompensieren vermöchten. Soweit sie versuchten auf andere Verkehrsmittel auszuweichen, werde dies aus ökonomischen Gründen wohl häufig zu einem Umstieg auf die Umwelt stärker belastende Pkws mit hohem CO₂-Ausstoß erfolgen und somit einen ökologisch unerwünschten Nebeneffekt zur Folge haben.

Linkes Landesjugendtreffen am 20. und 21. Juli

Einladung zur Mitgliederversammlung der Linksjugend [solid] Baden-Württemberg

Am 20. und 21. Juli 2007 ist es mal wieder soweit. In Tübingen findet ein Landesjugendtreffen der Linksjugend [solid] in Baden-Württemberg statt. Gleichzeitig wird der Jugendverband die Gelegenheit nutzen und sich an einer Protest- und Blockade-Aktion gegen einen Neo-Nazi-Aufmarsch beteiligen.

Alle Jugendlichen und Mitglieder der Partei unter 35 Jahren sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen und sich aktiv einzubringen. Auch politisch und organisatorisch wird auf dem Landestreffen einiges zu besprechen sein. So geht es unter anderem um politische Kampagnen des Landesverbandes im kommenden Halbjahr als auch um organisatorische Fragen.

Übersicht:

Für den Freitagabend ab 18 Uhr ist ein Forum für die aktive Vernetzung der Ortsgruppen und Hochschulgruppen vorgesehen. Deshalb bittet der Jugendverband alle Orts- beziehungsweise Hochschulgruppe eine kleine Präsentation auf einer Wandzeitung oder ähnlichem vorzubereiten. Außerdem wäre es schön wenn alle ihre Publikationen und Transparente mitbringen würden.

Am Samstag beteiligt sich der Jugendverband zunächst an der Aktion gegen die Faschos und im Anschluss findet dann das eigentliche inhaltliche und organisatorische Landesjugendtreffen statt.

Wenn bei TeilnehmerInnen Interesse besteht in Tübingen zu übernachten, empfiehlt es sich, Schlafsack und Ähnliches mitzubringen. Dank der Tübinger Ortsgruppe ist die Übernachtung von Freitag auf Samstag gesichert. Alle TeilnehmerInnen sind gebeten sich umgehend bei der Tübinger Ortsgruppe zu melden. Rückmeldungen an tuebingen@solid-bw.de, [Linksjugend \[solid\]](mailto:Linksjugend[solid]) oder die Landesgeschäftsstelle (Adresse siehe vorletzte Seite).

Treffpunkt /Ort des Landesjugendtreffens: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen

Linker Jugendverband: Mitglied werden! Aber wie?!

Seit dem Gründungsparteitag hat die neue Partei auch einen Jugendverband. Der Jugendverband führt den Namen LINKSJUGEND [solid] und verfügt bereits über einen Landesverband und viele Ortgruppen.

Passive Mitglied im Jugendverband sind (laut Bundessatzung) alle Mitglieder der Partei unter 35 Jahren und Jugendliche, die beim Jugendverband

direkt eine Mitgliedschaft beantragt haben. Mitglieder der Partei unter 35 Jahren, die Interesse an einer aktiven Mitarbeit haben, sind aufgefordert, ihre Mitgliedschaft zu aktivieren. Dies kann a) bei einer Ortsgruppe vor Ort b) in der Landesgeschäftsstelle oder c) online über die Adresse <http://www.solid-web.de/view.php?file=solid/aktivierung.html> erfolgen. Den Landesverband erreicht ihr unter der Adresse: LINKSJUGEND [solid]; Landesgeschäftsstelle, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe; E-Mail: info@solid-bw.de; Telefon: 0721 3548 9341; Fax: 0721 3548 9396.

Aus den Gruppen:

LINKSJUGEND – Live vor Ort!

[solid] Tübingen hatte alle GenossInnen und Interessierten zu den Maitagen nach Tübingen eingeladen, denn es war einiges geboten.

Um die 800 Leute, darunter 10 [solid]s waren auf der ersten Mayday-Parade für globale soziale Rechte, die es nach allgemeiner Einschätzung gut geschafft hat, Politik und Party zu verbinden. Inspiriert war die Tübinger Mayday-Parade von den politischen Ursprüngen des Karneval, von selbstorganisierten, kritischen Raves und Partys, von den bunten Protesten der globalisierungskritischen Bewegungen und den Gipfelprotesten der letzten Jahre und von den Euro-Mayday-Paraden. Mit fünf Themen- und Soundwägen und vielen Verkleidungen und Transparenten zog die Parade durch Tübingen.

Erste Zwischenstation der Parade war dann das räumungsbedrohte Wohnprojekt Lu15, dann gab es Beiträge zur Bahnprivatisierung, der der Schutzheilige aller Prekarisierten „San Precario“ wurde um Hilfe gegen das Übel des Kapitalismus gebeten, ein Theaterstück gegen Studiengebühren aufgeführt und an einem weiteren kurzen Stopp am Bürgeramt, der Grenze zwischen Deutschland und dem „Global Space“, die eingerissen wurde – alle Parade-TeilnehmerInnen erhielten den neuen, globalen Reisepass „Global Passport“.

Und mit dem Abschluss der Parade um 22 Uhr hatte die lange Tübinger Mainacht gerade erst begonnen: Ab 23:30 Uhr gab es mehrere Blockaden auf der Aufmarschstrecke der rechtskonservativen, elitären und männerbündischen Verbindungen, woraufhin deren Maisingen auf dem Holzmarkt das erste Mal seit Jahren abgesagt wurde. Im Anschluss an die Verhinderung des Maisingens eine Bauruine für eine Party besetzt, einige Hundert Leute feierten dort

ausgelassen und unglaublich gut gelaunt bis in den Morgen.

Am nächsten Morgen ging es zur DGB-Demo und zum [,solid]- Infostand, bei dem jede Menge Buttons produziert und Infomaterialien verteilt wurden. Danach relaxten wir noch beim [,solid]en Grillen mit und ohne Tier.

Junge Politik: Niedriglöhne statt Ausbildung ... Ohne uns!

Die Politik von CDU und SPD schiebt die Ausbildungsmisere auf die lange Bank. Gleichzeitig droht Jugendlichen



jetzt die Abschiebung in die subventionierte Niedriglohnbeschäftigung. Ohne uns!

Im Mai waren gut 376.000 Jugendliche in der Bundesrepublik arbeitslos. Und während in den letzten 5 Jahren die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber insgesamt um mehr als 100.000 angewachsen ist, schrumpft die Zahl der angebotenen beruflichen Ausbildungsplätze unaufhörlich. Die Zahlen sprechen für sich. Sowohl Rot-Grün als auch die Große Koalition haben bislang vor den Konzernen und Ausbildungsplatzkillern gebuckelt und auf die Ausbildungsmisere nur mit Placebos geantwortet.

Die Große Koalition hat erst jüngst einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, der die eigene bisherige verfehlte Ausbildungspolitik abfeiert und ausbaut. Gleichzeitig beschreitet sie mit den angesetzten Qualifizierungs- und Eingliederungszuschüssen für jüngere ArbeitnehmerInnen den fatalen Weg der Subventionierung von Niedrigstlöhnen für junge Menschen. Tausende von Jugendlichen, die auf der Straße stehen und keine Ausbildungsperspektive haben, sollen mit Praktikumsplätzen oder Billigjobs abgespeist werden, die keine tragenden Qualifizierungsmöglichkeiten bieten.

Die Linksjugend [solid] lehnt die Vorhaben der Koalition entschieden ab und fordert einen Politikwechsel, der endlich zu Verbesserungen auf dem Ausbildungsmarkt führt. Dazu gehört unumstößlich die gesetzliche Ausbildungsumlage. Wir unterstützen deshalb auch die Kampagne der GEW und des DGB für die Verankerung des Rechts auf Ausbildung im Grundgesetz.

Tübingen

„Immer auf die Kleinsten“

Kommentar der Stadträtin Traudl Horn im „Schwäbischen Tagblatt, 4. Juli

Genug geredet und geschrieben zum Thema Hauptschule und der Tauglichkeit eines Schulsystems, das der frühen Auslese huldigt und Chancengleichheit hinten anstellt. Früher Stress und Druck auf die Kleinsten in der Grundschule – von zu Hause, von der Schule, in Konkurrenz untereinander – Versagensängste, und dann, zu den Verlierern gehörend: „nur“ Hauptschulempfehlung!! „In europäischen Ländern, in denen eine frühe Differenzierung der Schüler vorgenommen wird, sind größere Unterschiede bei den Leistungen der Schüler festzustellen als in Ländern mit stärker integrierten Schulsystemen.“ (EU-Bildungsminister). Der sozialistischen Egalitätsbestrebungen sicher unverdächtige Dieter Phillip, Zentralverband des Dt. Handwerks plädiert für die neunjährige Basisschule (Mehr Mut für eine bessere Bildung, Schriftenreihe: Positionen des Dt. Handwerks). Hamburg will ab August 2009 die Stadtteilschule einführen, eine mögliche Lösung auch für die Entwicklung in der Tübinger Schullandschaft.

„The times they are a-changing“ liebe CDU in Baden-Württemberg und im Tübinger Rat: Auch der Bauer spannt im Märzen sein Rösslein nicht mehr an.

Der bilinguale Zug führte zu kontroversen Diskussionen. Sicher ist: Diejenigen Kinder, die aufgrund zu schwacher schulischer und sprachlicher Leistungen für diesen Zug nicht in Frage kommen, müssen eine individuelle Förderung erfahren, in kleineren Klassen und mit individueller Betreuung. Einzelförderung findet schon länger an der Hügelschule statt. Na prima, höre ich mich sagen. Allerdings: Diese Arbeit wird von 1Euro-Jobbern gemacht, von diesen Lehrkräften müssen die meisten nach einem Jahr wieder aufhören – Pädagogik der Kontinuität? – und eine Firma auf dem stark umworbenen Bildungsmarkt bekommt für jede Lehrkraft auch noch ca. 500 Euro im Monat von der Arbeitsagentur. Super, oder? Ein Thema für den Tübinger Gemeinderat ist die Einrichtung eines kommunalen Fonds für die Erstausstattung zur Einschulung von Kindern, die von Hartz IV leben. Die etwaigen Kosten werden auf ca. 200 Euro geschätzt (Schulranzen, Erstaus-



stattung, Sportkleider, Schultüte,...), das ist schon fast der gesamte Regelsatz für ein Kind im Monat.

Das ARD Magazin Kontraste hat am 28.6.2007 auf ein Problem aufmerksam gemacht, welches auch in unserer Stadt aktuell ist, bzw. wird. Es geht darum, dass ein Mittagessen in der Schule zwischen 2,60 und 3,80 Euro kostet. Dies führt nach dem ARD-Bericht dazu, dass Kinder vom Schulesen ausgeschlossen werden, wenn die Eltern nicht in der Lage sind, diesen Betrag zu bezahlen. Der Regelsatz von Hartz IV enthält 2,30 Euro für Essen und Trinken pro Tag für ein Kind. Das warme Mittagessen ist darin enthalten und mit 1 Euro veranschlagt. Selbst die Tübinger Bonuskarte garantiert nicht dafür, dass jedes Kind am gemeinsamen Essen in der Schule teilnehmen kann.

Mannheim: MVV-Aktiendeal

Auf dem Weg zu einem „Netzwerk von Stadtwerken“?

Ist auch drin was drauf steht?

Die Stadt Mannheim hat einen 16,1-Prozent-Anteil von Aktien des aus den Stadtwerken hervorgegangenen MVV Energiekonzerns veräußert. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 12.6. mit überwältigender Mehrheit (CDU, SPD, Grüne, FDP) gegen die Stimmen u.a. von Gudrun Kuch (Linke Liste Mannheim) dem Verkauf zugestimmt. Käufer ist die Kölner RheinEnergie AG. Die zu erlösenden ca. 300 Mio. EUR sollen zu zwei Dritteln bereit gehalten werden, um bei der anstehenden Kapitalerhöhung der MVV den bis dahin auf 50,1% geschrumpften Anteil der Stadt Mannheim und damit die kommunale Kontrolle aufrechterhalten zu können. Die restlichen ca. 100 Mio. EUR sollen nach Mehrheitswillen „auf die hohe Kante“, und nicht – wie im heiligen Evangelium einer ganz großen kommunalpolitischen Koalition bisher immer verzeichnet, dem „Schuldenabbau“ zugeführt werden. Der Kämmerer macht dazu eine einfache Rechnung auf: Die Zinsen aus dem angelegten Geld werden seiner Erwartung höher sein als die Zinersparnis durch Schuldenabbau.

Zwischenfrage: Warum dann eigentlich überhaupt der Verkauf?

Es wird nun also ein Aktienpaket der MVV verkauft und der Erlös wieder angelegt. Für einen größeren Teil weiß man auch schon wo: Bei der MVV – in Aktien. Vorschlag: Auch den Rest anlegen bei der MVV in Aktien. Verzinsung sicherlich nicht berauschend. Aber immerhin erbrachte der nun verkaufte Teil des Aktienpaketes für das Jahr 2006

gute 7 Mio. Euro Zinsen. Und strategisch wäre die Anlage des städtischen Geldes in der gewinnbringenden städtischen Gesellschaft auch nicht schlecht. Ach so: Warum dann überhaupt erst verkaufen?

Eine Antwort auf diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt gestellt, wäre sicherlich interessant. Denn das Projekt stammt aus der Zeit, in der man gedachte, durch Verkauf von Tafelsilber den Haushalt flott zu bekommen. Inzwischen hat sich jedoch die Haushaltssituation deutlich gebessert. Ganz nebenbei erfährt man beispielsweise, dass die Firma Roche-Diagnostics in Mannheim einen „dreistelligen Millionenbetrag“ Gewerbesteuer nachzuzahlen habe.

Unter den bisherigen Bedingungen würde die MVV der Stadt entgleiten – geschehen muss etwas

Die Gründung und Börsengang der MVV Energie AG waren eine Reaktion auf die Liberalisierung des Strommarktes. Nur war es eine zunehmend bedenkliche Privatisierungsreaktion: Die Ausrichtung auf eine Unternehmensstrategie, die versucht, mit den großen Energiekonzernen auf gleicher Ebene zu konkurrieren war letztlich die Verabschiedung von der Idee des Stadtwerks, das einen Versorgungsauftrag der BewohnerInnen der Stadt mit möglichst günstiger und ökologischer Energie zu erfüllen hat. Die MVV hat inzwischen schon lange den Auftrag, zu expandieren und die Gewinne zu maximieren im Interesse der Aktionäre. Die einzige Interessenbrücke zur Stadt Mannheim ist deren Dividendenbeteiligung im Verhältnis ihres Aktienanteils. Schon jetzt ist es kaum mehr möglich, die MVV entsprechend kommunaler Ziele zu steuern, z.B. in punkto Preisgestaltung und Ökologie. Die anderen Anteilseigner wie z.B. EnBW sind schon viel zu mächtig, obwohl sie noch in der Minderheit sind. So war es auch auf jeden Fall richtig und unumgänglich, das „großzügige“ Übernahmeangebot der EnBW für die 16,1% abzulehnen, auch wenn am Ende sogar 25% mehr Geld geboten wurde.

Die Alternative zum Börsengang der MVV 1999 wäre gewesen, mit anderen Kommunen zusammen eine Kooperation gleichberechtigter Stadtwerke zu versuchen, die aufgrund ihrer Marktmacht bei der Energieerzeugung und -beschaffung sowie auch bei der Verteilung den Energieriesen hätte die Stirn bieten können.

Wenn nun anlässlich des Verkaufs an RheinEnergie fast das gesamte politische Mannheim in Jubel ausbricht, erschallt allenthalben ein Begriffspaar, von dem zu Beginn der Verkaufsbemühungen nichts zu hören war: der erst seit dem OB-Wahlkampf besonders von Peter Kurz wieder ins Spiel ge-

brachte Begriff „Stadtwerke“ und die Idee „Netzwerk“. Auch die Mannheimer Grünen loben den Deal in einer gemeinsamen Presseerklärung mit der Kölner Grünen-Fraktion, wie auch letztere gemeinsam mit der Kölner SPD-Fraktion in einer „rot-grünen Presseerklärung“. Darin heißt es:

„Als einen entscheidenden Schritt für die Zukunftsfähigkeit der kommunalen Stadtwerke und Energiedienstleister bewerten SPD-Fraktion und Grüne-Fraktion im Rat der Stadt Köln die nun gelungene strategische Beteiligung von Rheinenergie an MVV Energie und die damit eröffnete enge Kooperation beider Energieversorger unter kommunaler Führung in Mannheim und in Köln.“

Diese Beteiligung hat eine positive und erfolgsorientierte Ausstrahlung weit über Köln und Mannheim hinaus – insbesondere auch auf die übrigen großen kommunalen Energieunternehmen. Aufgrund des sich erheblich verschärfenden Wettbewerbs im Energiemarkt, der in Deutschland von vier Oligopolen beherrscht wird, haben städtische Energiedienstleister auf Dauer nur dann eine Chance ihren Bürger/innen qualitätsbewusste Dienstleistungen zu akzeptablen Konditionen anzubieten, wenn sie enger kooperieren und Verbünde eingehen.“

Und OB Widder, ganz jovial, als wäre es in seiner Amtszeit nie um etwas anderes gegangen: „Wo Stadtwerke drauf steht, muss auch Stadtwerke drin sein“ (Mannheimer Morgen, 26.5.07).

Ist auch wirklich drin was drauf steht? Was heißt Netzwerk?

Für den nun einmal angestoßenen Verkaufsprozess ist das Ergebnis sicherlich unter den denkbaren Alternativen eine der besten, weil bereits angedachtes Schlimmeres nun erst einmal vom Tisch ist.

Dennoch bleibt die Frage: Warum jetzt so hektisch verkaufen? Warum den positiven (und für die MVV) neuen Gedanken eines Netzwerkes nicht mit Ruhe und systematisch angehen?

Netzwerk – das kann nur funktionieren als Verknüpfung von Gleichberechtigten. Eine Holding müsste die Tochter der Netzwerkmitglieder sein. Ziel ist nicht, die Gewinne des oder der anderen sich einzuverleiben, sondern durch Kooperation zu günstigeren Bedingungen zu kommen.

Ist die MVV ein solcher Netzwerkpartner? Sie ist vor allem ein Unternehmen, das andere Stadtwerke geschluckt hat. Ist hier ein Sinneswandel sichtbar?

Die RheinEnergie kommentiert: „Mit unserem Einstieg bei der MVV Energie AG erweitern wir unsere bisherige rein auf den Kölner Raum konzentrierte Strategie. Wir schaffen so etwas wie ‚RheinEnergie Plus‘. Wir geben damit nicht unseren regionalen Ansatz

auf. Wir ergänzen ihn um eine neue, entscheidende Komponente. Daraus ergeben sich für uns und unsere Partner ganz neue Kooperationsmöglichkeiten mit einem anderen großen kommunalen Versorger“. Wirtschaftliche Vorteile ließen sich mitunter nur erzielen, wenn man eine gewisse Größe erreicht habe. „Diese Vorteile können wir gemeinsam mit der MVV ausschöpfen, zum Wohl der Kunden und Anteilseigner vor Ort.“ (www.rheinenergie.de)

Der „Mannheimer Morgen“ kommentiert: „Mit dem Kölner Versorger als neuem Partner sieht sich die MVV ihrem Fernziel, als bundesweites Netzwerk regionaler Stadtwerke den großen Energieerzeugern Paroli bieten zu können, einen entscheidenden Schritt näher gekommen. Stadtwerke in Offenbach, Solingen, Ingolstadt, Kiel und Köthen gehören schon zum MVV-Konzern, für die Stadtwerke Leipzig wird geboten.“ Sieht so ein Netzwerk aus?

Vielleicht ist aber doch Vernunft eingekehrt: Denn anstatt sich ein weiteres Stadtwerk einzuverleiben, kauft sich jetzt ein offensichtlich noch also solches funktionierendes Stadtwerk in die MVV ein. Und die Bedingungen scheinen seriös und im Sinne der Aufrechterhaltung der kommunalen Kontrolle über die MVV zu sein. Es gibt ein Weiterverkaufsverbot der Aktien und ein Vorkaufsrecht der Stadt Mannheim für Aktien, die die RheinEnergie vielleicht noch von dritter Seite erwirbt. Es wurde ein Konsortialvertrag geschlossen, von dem der „Mannheimer Morgen“ zufrieden feststellt: „Kooperation ja, Kontrolle nein.“ Klingt ganz netzwerkerisch.

Und wie steht es mit der Ökologie?

Interessant ist ein Hinweis der RheinEnergie: Sie habe sich in den vergangenen eineinhalb Jahren mit dem Gedanken getragen, ein neues 800-MW-Kohleheizkraftwerk zu bauen. „Der Markt für Kraftwerksbauten ist aber momentan derart überhitzt, dass die Preise in sechs Monaten um fast 30 Prozent gestiegen sind. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen für die Wirtschaftlichkeit eines solchen Projektes. (...) Zudem ist die politische Diskussion über die Ausgestaltung des CO₂-Zertifikatehandels nach 2012 stark im Fluss. „Aus diesen Gründen haben wir uns entschlossen, aktuell keinen Baubeschluss für das Steinkohlekraftwerk zu fassen. Die wirtschaftliche Attraktivität ist nicht mehr ausreichend gegeben, um einen solchen Bau jetzt zu beschließen. Die Anlagen sind derzeit einfach zu teuer“ (RheinEnergie-Vorstandsvorsitzender Schmitz auf www.rheinenergie.com.) Daneben biete die geplante Beteiligung an der MVV neue Optionen. „Denn auch die MVV beschäftigt sich derzeit mit neuen Kraftwerksprojekten. Deswegen

wolle man zunächst mit der MVV prüfen, inwieweit eine Zusammenarbeit in der Erzeugung und bei Neubauprojekten realistisch und sinnvoll ist.“

Im Web-Auftritt der RheinEnergie AG ist viel von Ökologie die Rede, von Kraft-Wärme-Kopplung, zwei Gas- und Dampf-Turbinenanlagen mit einem Wirkungsgrad von 86%, und von erneuerbaren Energien. Die Kölner Agenda 21 sieht freilich die örtlichen Bemühungen um CO₂-Reduzierung erst sehr am Anfang.

Thomas Trüper, Kommunal-Info Mannheim

Armut grenzt aus – Stuttgart sozial ... das muss besser werden!

von Ulrike Küstler, Stadträtin der LIN-KEN – offene Liste im Gemeinderat

Das größte Armutsproblem in Stuttgart ist die Langzeitarbeitslosigkeit. Etwa 30.000 Leute in Stuttgart leben von Alg 2. Die Aussicht, aus dieser Lage wieder raus zu kommen, besteht nur für wenige. Daran ändern die schönen Zahlen über den Rückgang der Arbeitslosigkeit nichts. Denn der Aufschwung geht an den Langzeitarbeitslosen weitgehend vorbei. Leben von Alg 2 bedeutet gerade in einer Stadt wie Stuttgart Leben in Armut. Der Kampf um die Wohnung findet auch in Stuttgart statt, wo sich die Stadt rühmt, eine moderate Linie zu fahren. Denn beim Stuttgarter Wohnungsmarkt ist der Umzug in eine kleinere Wohnung aus der Sicht der Stadtverwaltung oft kurz- und langfristig teuer. Dennoch gibt es um die Wohnungskosten auch in den Stuttgarter JobCentern Zoff. Schwierig ist es, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Stuttgart ist eine Stadt der Vereine und des Ehrenamts und hat ein wunderbares kulturelles Angebot. Aber Sportvereine, Sportkleidung, Schwimmbäder, Theater, Konzerte, Volkshochschule (vhs) usw. usf. kosten Geld, selbst wenn die Eintritte verbilligt werden. Und was die ganze Sache noch erschwert: In einer Großstadt muss man mobil sein, und da nützt das tolle flächendeckende Angebot des öffentlichen Nahverkehrs wenig, wenn die Fahrkarte oder eine Monatskarte unerschwinglich wird. Dann werden kulturelle, politische, sportliche Veranstaltungen und Einrichtungen buchstäblich unerreichbar.

Am schlimmsten trifft es Kinder und Jugendliche. Bis in die sechziger



Jahre war es üblich, dass es in Familien hieß: eine höhere Schule oder gar ein Studium können wir nicht zahlen. Heute sprechen alle von der Verbesserung der Bildungschancen für alle Kinder. Was 2004 die Linkspartei.PDS als eines von vier zentralen Themen im Kommunalwahlkampf hatte: „Kein Kind darf verloren gehen!“ – das ist heute gängige Parole in allen politischen Richtungen. Wie es aber eine Familie, die von Alg 2 lebt, fertig bringt, den ganzen Schulram zu bezahlen und dazu die Kosten für Schulveranstaltungen, darüber redet man nicht. Geschweige denn, dass der Schulerfolg gerade in unserem selektiven Schulsystem entscheidend davon abhängt, dass in der Familie nicht nur Hausaufgabenhilfe geleistet und organisiert werden (kann), sondern auch der Bildungshorizont erweitert, dass Bücher lesen, Ausflüge etc. üblich und vor allem möglich sind.

Die Bonuscard – so sagen die großen Parteien im Stadtrat – und die Familiencard sollen das alles richten. Aber auch mit der Bonuscard fallen Fahrtkosten und (verbilligte) Eintrittskarten und Gebühren an. Ebenso die Familiencard. Wenn davon der Waldheimbeitrag bezahlt wird, bleibt nicht allzu viel für anderes. Die Bonuscard hat die Gebührenänderung bzw. Gebührenerhöhung des öffentlichen Nahverkehrs nicht aufgefangen. Mit Mühe konnte vergangenes Jahr verhindert werden, dass sie von CDU und Grünen sogar noch gekürzt wurde. Folge: Wer nicht im Stadtzentrum wohnt, spricht nur eine Zone braucht, ist weiterhin so gut oder schlecht dran wie bisher. Wer zwei Zonen braucht, den trifft der Hammer.

Gut, die Stadt Stuttgart kann nicht die Bundesgesetze ändern. Aber der Münchner Sozialdezernent sagt es wenigstens öffentlich, dass man in einer

Großstadt wie München mit 345 Euro Regelbetrag nicht über die Runden kommen kann, schon gar nicht „anständig“. So ist es auch in Stuttgart. Die Frage ist aber, was die Stadt bzw. der Gemeinderat machen kann. Da geht es um freiwillige Leistungen und um Aufmerksamkeit bei vielen Einzelentscheidungen. Wenn z.B. Gebühren oder Eintritte prozentual erhöht werden oder in den unteren Preiskategorien sogar stärker, so macht man die Hürden für arme Leute noch höher.

Der Gemeinderat muss auch die Augen aufmachen für die strukturellen Probleme: Für Langzeitarbeitslose sind z.B. auch die Kosten für das Mittagessen in der Schule ein Hindernis, die Kinder an den Angeboten teilnehmen zu lassen. Das haben die Schulleiter in öffentlicher Sitzung des Jugendhilfeausschusses und Schulbeirats inzwischen bestätigt. Es hat sich gezeigt, dass die Sportvereine viel für die Integration tun, aber für die ganz Armen, deutsche oder eingewanderte, sind sie nicht wirklich offen.

Es geht also um Geld – Geld für freiwillige Leistungen, Gebühren oder Entgelte, die die Stadt von armen Leuten nicht erhebt, Geld für kostenlose Angebote. Auch hier muss wieder auf die Haushaltsberatungen verwiesen werden. Hier wird sich erweisen, was die jeweiligen Reden von Teilhabe, Gerechtigkeit, Bildung für alle usw. wert sind. Denn der Beschluss übers Geld entscheidet, was gemacht wird, was gegeben und was genommen wird und wem.

Familienfreundlich, weil es sich rechnet?

von Vera Hemm, Stadträtin der PDS/
Linke Liste Konstanz

Familienfreundlichkeit ist für mich ein wichtiges Thema, und für familienfreundliche Maßnahmen sowie Fraueninteressen habe ich mich seit Jahrzehnten eingesetzt – im Betrieb, in den Gewerkschaften, in der Frauenbewegung, in der Politik. Dabei



ging es (mir) u.a. um Chancengleichheit, Frauenförderung, Emanzipation, und ich erinnere mich, dass ab den 70er Jahren die Forderungen der Frauen nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer lauter wurden. Manches konnte in diesen Zeiten realisiert werden.

Auf manches warten die Frauen allerdings heute noch. Ja, sie warten, nehmen das Erreichte zwar gern und selbstverständlich in Anspruch, sind je-

Schulsachen für arme Kinder

Folgende Anfrage und Antrag stellte Ulrike Küstler, Gemeinderätin der Linkspartei, da immer wieder Betroffene über die hohe Belastung mit zusätzlichen Ausgaben für den Schulbesuch ihrer Kinder berichten.

„In der Leistungspauschale für die Kinder von Hartz-IV-Empfängern sind, wenn überhaupt, nur unzureichende Mittel für den Schulbesuch enthalten. Die Angaben, die ich finden konnte, reichen von 0,00 Euro bis 1,10 Euro pro Monat!

Mit 207 Euro im Monat für Kinder bis 14 Jahre und 276 Euro für Kinder ab 14 Jahren sollen Nahrung, Kleidung, Körperpflege, der Anteil für Wasser, Strom und Miete etc. bezahlt werden. Die Ausgaben für die (Schul-)Bildung der Kinder wurde bei der Festlegung der Regelsätze gar nicht oder völlig unzureichend berücksichtigt. Das Kindergeld wird voll auf den Hartz-IV-Anteil für Kinder angerechnet. Es steht also nicht – wie bei anderen Familien – zusätzlich zum sonstigen Einkommen zur Verfügung.

Die Kosten für Arbeitshefte, Schreibhefte, Stifte, Blöcke, Malutensilien, Kopiergeld, Klassenkasse, Sportsachen, Taschenrechner, Geodreieck, Kosten für Ausflüge und Besichtigungen, Kosten, die durch Praktika anfallen, usw. sind in der Summe für die Familien mit geringem Einkommen oder im ALG-II- bzw. ALG-XII-Bezug eine riesige Belastung, vor allem massiert am Schuljahresbeginn.

Alle Kinder sollen sich auf den Schulbeginn freuen können und nicht mit Sorgen auf den ersten Schultag schauen. Auch müssen wir verhindern,

dass es wieder dazu kommt, dass Eltern ihre Kinder wegen der Kosten nicht auf weiterführende Schulen gehen lassen.

Ich frage die Stadtverwaltung
a) Welche Kosten, die mit dem Schulbesuch verbunden sind, entstehen den Eltern in der Grundschule und den verschiedenen weiterführenden Schulen? Die Schulverwaltung möge eine Auflistung machen.

Ich frage die Stadtverwaltung
b) Welche Kosten entstehen, wenn die Stadtverwaltung einen Fonds einrichtet, aus dem gegen Vorlage der Anforderung der Schule oder gegen Vorlage der entsprechenden Quittungen den Eltern, die Anspruch haben auf die Bonuscard, die Kosten für die notwendigen Schulsachen und sonstigen Aufwendungen erstattet werden? Dabei bitte ich um gesonderte Ausweisung für die Eltern in ALG-II-Bezug und in SGB-XII-Bezug.

Ich frage die Stadtverwaltung
c) Wie verfährt das JobCenter Stuttgart mit diesen Anforderungen? Welche Möglichkeiten hat das JobCenter, Kinder und Jugendliche bzw. deren Familien bei der Beschaffung von Schulsachen zu unterstützen? Ich denke z.B. an die Gewährung von Darlehen für „unabweisbaren Bedarf“, auf deren Rückzahlung verzichtet werden kann.

Ich beantrage:

Die Stadtverwaltung schlägt dem Gemeinderat vor, nach welchem Modell (eventuell einem dritten?) die Eltern mit Anspruch auf die Bonuscard und/oder in ALG-II- bzw. in SGB-XII-Bezug beim Kauf von Schulsachen entlastet werden können und so ihren Kindern der Schulbesucherleichtert werden kann.“

doch nicht mehr zu Engagements wie in den 70–80er Jahren bereit. Sie ziehen sich häufig ins Private zurück. Das mag vielleicht etwas zu pauschal und pessimistisch klingen, muss aber leider als ein Stück Realität angesehen werden. Die hohe Zeit der Frauenbewegung ist vorbei. Frauenbelange werden von anderen wahrgenommen, allerdings unter anderem Vorzeichen, das beileibe nicht immer den oben erwähnten Interessen der Frauen entspricht. Heutzutage funktioniert vieles nur, wenn „es sich rechnet“.

Unter dieser Prämisse erlebte ich Ende Mai eine Podiums-Diskussion in der Industrie- und Handelskammer (IHK) in Konstanz (Veranstalter: IHK Hochrhein Bodensee, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Kontaktstelle Frauen und Beruf der Handwerkskammer Konstanz), hochkarätig besetzt. „Familienfreundlichkeit macht sich bezahlt für Unternehmen und Standorte“ stand auf der Einladung.

Und im Vorfeld der Veranstaltung hieß es in einem Rundschreiben der Stadt Konstanz: „Wenn familienfreundliche Rahmenbedingungen Zufriedenheit und Motivation der Beschäftigten fördern, kann dies nicht nur Fehlzeiten senken und die Arbeitsqualität verbessern. Neben den Kostenvorteilen zählt auch eine intensivere Bindung der Mitarbeiter an Standort und Betrieb zu den positiven Effekten.“

Ich wurde neugierig und ging hin. Es war hochinteressant, aber irgendwie kam mir vieles bekannt vor. Hatte ich nicht bereits bei meinen früheren Frauen-Aktivitäten ähnlich argumentiert und ähnliche Forderungen aufgestellt? Ja, aber mit dem Unterschied: Nun ging es nicht wie damals in erster Linie um die Entfaltung der Frauen, um eine gleichberechtigte Teilnahme am beruflichen und öffentlichen Leben oder um die Chancengleichheit per se, jetzt wurden frauen- und familienspezifische Dinge positiv formuliert und Hilfestellungen gefordert, weil „sie sich rechnen“.

„Gelebte Familienfreundlichkeit“ sei „win-win-Situation“, so wurde in der Veranstaltung gesagt, weil „Frauen und Kinder als auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber profitieren...“ Aber das war den damaligen Frauen eigentlich auch schon klar! Weitere Erkenntnisse der Talk-Runde: „Familienfreundlichkeit macht sich bezahlt“ „Frauen auszugrenzen ist ein makroökonomischer Unsinn“ „Der Arbeitsmarkt der Zukunft ist weiblich“

Daneben gab es auch durchaus positive Darstellungen von Betrieben, in denen familienfreundliches Verhalten bereits praktiziert wird oder flexible Arbeitszeiten angeboten werden, um Beruf und Familie in Einklang bringen zu können, übrigens auch bei der Stadt

Konstanz. Dazu sagte OB Frank u.a.: „Als Kommune ist uns die Erhöhung der Quote der Betreuungsmöglichkeiten von unter dreijährigen Kindern ein ganz besonderes Anliegen. Diese Zahl ist entsprechend festgeschrieben in unserem Stadtentwicklungsprogramm Zukunft Konstanz 2020“. (Zitat, Rundschreiben der Stadt KN, geseendet 5.5.07)

Insgesamt bin ich natürlich froh, dass sich für Frauen und Familien überhaupt etwas tut, freue mich über jeden Krippenplatz oder jede Erleichterung in Sachen Erziehung. Aber ich befürchte, dass diese neue Herangehensweise mit dem „Es rechnet sich“ schon ihre Tücken hat, nämlich dann, wenn sich die allgemeine wirtschaftliche Situation verschlechtert. Dann besteht die Gefahr, dass vieles, was an öffentlicher oder betrieblicher Daseinsvorsorge erreicht wurde, ins Private abdriftet oder gar infrage gestellt wird und dass Frauen schnell wieder zur „Reservearmee“ werden, in der „das Heuern und Feuern“ fröhliche Urstände feiert.

Oskar Lafontaine in Freiburg

Etwas verändern — das wünschen sich viele der 600 Menschen, die am Samstagmittag den Parteichef der Linken, Oskar Lafontaine, hören wollen. Der lächelt von der Bühne in die Menschenmenge. Und spricht die Freiburger gleich auf den gescheiterten Verkauf der stadteigenen Wohnungen an. Freiburg habe bei der Ablehnung ein Signal gegen die Privatisierung gesetzt, „das wir in ganz Deutschland vernommen haben“, lobte er.

Die Linke versteht sich als demokratische Erneuerungsbewegung. Die politischen Entscheidungen müssen in

Deutschland wieder den Interessen der Mehrheit Rechnung tragen. Wir müssen mehr Demokratie wagen, vor allem mehr direkte Demokratie. Deshalb forderte Oskar Lafontaine wiederholt den politischen Streik, den Generalstreik, der in den meisten Staaten Europas Instrument der politischen Auseinandersetzung ist, und Volksentscheide auch auf Bundesebene.

Und dann ging es ab! Bei bestem Wetter heizte der Parteivorsitzende der Partei DIE LINKE den neoliberalen Parteien ordentlich ein. Schließlich haben sie den Sozialstaat zertrümmert, die Rentenformel bis zur Unkenntlichkeit entstellt, die Arbeitslosenversicherung zerdeppert, die Sozialsysteme privatisiert und ruiniert. Ein gefährlicher Zeitgeist gehe um, den nur die Linke stoppen könne. Deswegen forderte Oskar Lafontaine gerechte Löhne, mehr Demokratie und Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie die Rekommunalisierung der Energiebetriebe.

Das Freiburger Publikum belohnte diese Positionen und die deutlichen Worten Lafontaines mit sehr viel Applaus. Den meisten Beifall bekam er, als er sich gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung und ihrer Vorgängerin wandte. Wir wollen keinen Krieg nirgendwo! Nicht um Öl oder sonst etwas! Und schon gar nicht mit deutscher Beteiligung.

An den Infoständen des Kreisverbandes sammelten sich zahlreiche Besucher und Besucherinnen und informierten sich in Gesprächen und mit aktuellen Zeitungen und Flugblättern. Viele entschlossen sich spontan beizutreten. Im Publikum waren auch zahlreiche VertreterInnen anderer Parteien. Diese konnten sehen: DIE LINKE ist hier und wird sich in Freiburg, im Land und im Bund künftig ordentlich einmischen, damit es den Menschen besser geht.



DIE LINKE. Baden-Württemberg – Rundschreiben an die Kreisverbände

Folgendes Schreiben an die Kreisvorstände ist Ergebnis der ersten Sitzung des Interim-Landesvorstandes. Zusätzlich wird allen Kreisverbänden empfohlen, die Aktivitäten der Friedensbewegung und die bundesweite Demonstration am 15.9. gegen den Bundeswehreininsatz in Afghanistan sowie die Unterschriftensammlung der Bundespartei zu unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, nach der ersten Beratung des geschäftsführenden Interimsvorstandes und aus Anlass der Konstituierung der Kreisverbände bitten wir um Beachtung folgender Hinweise.

1. Gründungsparteitag

Die Gründung der neuen LINKEN ist ein großer Erfolg. Wir haben täglich neue Eintritte und viele Anfragen zu bestimmten Politikbereichen. Die Medien betonen die Kräfteveränderung im Parteienspektrum. Unsere Orientierung auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen zum Beispiel für einen gesetzlichen Mindestlohn, gegen Afghanistaneinsatz, Kampf gegen neoliberale Politik macht sich bezahlt. Zu Themen wie Bildung und soziale Gerechtigkeit haben wir derzeit Chancen auf Meinungsführerschaft. Diese Situation müssen wir nutzen für politisch interessante Gründungsversammlungen auf Kreisebene. Ziel ist es, neue Mitglieder zu gewinnen, alle Mitglieder in die politische Arbeit einzubeziehen und unsere kommunale Verankerung zu verstärken. Auf den Mitgliederversammlungen kann auch konkret hingewiesen werden auf das Engagement der LINKEN gegen Hartz IV und bei Themen wie Altersarmut/Rentenfrage oder Kinderbetreuung/Familienpolitik.

2. Mitgliederwerbung / Öffentlichkeitsarbeit / Internetseite

Die neue Partei vor Ort vorstellen, in der Presse, mit Infoständen, bei den Kreisgründungen ist unsere Hauptaufgabe in den nächsten Wochen. Dazu gibt es zentrale Minibroschüren und Postkarten. Dazu erarbeiten wir auf Landesebene gerade einen Flyer, den man mit örtlichen Vorstellungen ergänzen kann. Von den Kreis-Gründungsversammlungen soll eine politische Botschaft ausgehen. An allen Versammlungen nehmen Mitglieder des Landesvorstandes teil. Die Neumitglieder sollten wir begrüßen und mit ihnen zusätzlich kleine Treffen machen, auf Kreisebene oder in der Region. Überlegt Mitmachangebote vor Ort, Treffen mit Neumitgliedern, denkt an die Landes-AGs. Die Abgeordneten

stehen nach Absprache zur Verfügung, Vorstandsmitglieder auch. Schnelle Materialbestellungen sind möglich unter www.mediaservice.de. Bestellt direkt, informiert die Landesgeschäftsstelle. Aufs erste übernimmt der Landesverband Mediaservice-Rechnungen in Höhe bis höchstens ! 200 Euro, sofern keine Geldmittel vor Ort mehr da sind. Bitte beschränkt Euch auf das Notwendige. wegen neuen Kreis-Websites bitte mit Barbara Hoffman (Landesbüro) oder Gregor Mohlberg (MdB-Büro Binder) Kontakt aufnehmen.

3. Kreis-Interimsvorstände und Kontaktadressen melden.

Noch haben wir nicht aus allen Kreisen die Namen und Verantwortlichen der Interimsvorstände. Bitte diese melden. Wo es keine Interimsvorstände gibt, machen wir von Stuttgart aus die Einladung für die Gründungsversammlung in Absprache mit örtlichen Mitgliedern. Bitte meldet alle Mitglieder Eures Interimsvorstandes, bzw. später die Mitglieder Eures neugewählten Kreisvorstandes. Auch brauchen wir Name und Anschrift des/der Kassenverantwortlichen im Kreis. Für die Landes-Website und das Landesinfo brauchen wir für jeden Kreis eine Kontaktadresse mit Name, Anschrift, Telefon, Email.

4. Abschluss Finanzen der ehemaligen WASG-Kreisverbände

4.1. Die Abschlüsse zum Stichtag 16.6.2007, die fertig sind, bitte umgehend mit den Belegen bei Barbara in der Landesgeschäftsstelle einreichen. Wenn Abschlüsse noch nicht fertig sind, dann bitte umgehend fertig stellen oder – wenn das nicht möglich ist – die Unterlagen an Bernd Merling schicken. Er hat sich bereit erklärt, diese dann fertig zu stellen.

4.2. wenn möglich, die Kassenprüfung veranlassen und den Prüfungsbericht ebenfalls an die Landesgeschäftsstelle schicken.

4.3. Restguthaben der WASG-Kreisverbände bitte an das Konto des Landesverbandes Baden-Württemberg die LINKE überweisen.

4.4. Ausstehende Rechnungen und/oder Erstattungsansprüche, die den Zeitraum vor dem 16.6.2007 betreffen, bitte umgehend an die Landesgeschäftsstelle in Stuttgart zu Händen Landesschatzmeister Christoph Cornides mit Angabe des Zwecks der Ausgabe, Verweis auf den Beschluss zur Ausgabe und Angabe des Kontos, auf das der Betrag zu erstatten ist, schicken (immer Originalbelege).

5. Neue Finanzen der Kreise / Übergangsregelungen Bankverbindung des Landesverbandes:

Spenden und Beitragsüberweisungen bitte an: DIE LINKE, BaWü; Postbank Stuttgart; BLZ 60010070; Konto 289582700.

5.1. Noch mal: bitte umgehend die Finanzverantwortlichen der Kreise (Hauptverantwortliche/n und Vertreter/in) im Interimsvorstand und – sobald gewählt – in den neuen Vorständen mit ihrer EMAIL-Adresse an die Landesgeschäftsstelle mitteilen. Sie erhalten dann Unterlagen für die Finanzführung.

5.2. Jeder Kreisverband kann ein Verrechnungskonto einrichten, auf das die Überweisungen des Landesverbandes getätigt werden. Zeichnungsberechtigt für dieses Konto sollen der/die Finanzverantwortlichen und der/die Sprecher/in des Kreisvorstandes sein. Diese Konten sind lediglich Verrechnungskonten, d.h. darauf werden Vorschüsse des Landesverbandes an den Kreisverband eingezahlt. Diese Vorschüsse werden dann quartalsweise gegenüber dem Landesverband mit Belegen abrechnet. Solange keine Abrechnung vorliegt, sind diese Vorschüsse Forderungen an den/die jeweilige Finanzverantwortliche/n des Kreisverbandes. Wir empfehlen, die bisherigen Verrechnungskonten der Linkspartei für die gemeinsame neue Partei die LINKE weiterzuführen und nur – soweit erforderlich – die Zeichnungsberechtigung bei der Bank zu ändern, bzw. zu erweitern.

5.3. Budgets der Kreisverbände: da wir erst schrittweise den genauen Stand der Mitgliedsbeiträge wissen, die zukünftig komplett im Landesverband verbleiben, verfahren wir wie folgt: Ab Juli setzt sich der Finanzrahmen (Budgets) der Kreisverbände pro Quartal wie folgt zusammen: a) aus dem bisherigen Betrag (50% Anteil aus Mitgliedsbeiträgen) bei der ehemaligen Linkspartei.PDS (s. Aufstellung im Landesinfo) plus dem bisherigen Budget der Zuwendung an den WASG-Kreisverband. Diese erste „Daumenregel“ lässt sich zwar nicht in allen neuen Kreisverbänden anwenden, aber sicher in den meisten. Damit haben wir schon mal einen einfachen Startpunkt. Über diesen Finanzrahmen hinaus müssen Mittel für Mehrausgaben gesondert beim Landesvorstand beantragt werden.

5.4. Jeder Kreisverband kann sich zukünftig entscheiden, ob er (a) gegen Vorschuss abrechnet (er ruft einen Vorschuss ab entsprechend seinem Finanzrahmen und führt ein einfache Einnahmen/Ausgabenliste), oder ob er (b) Einzelbelege abrechnet beim Landesvorstand. In diesem Fall (b) wird der Ausgabenbetrag im Kreisverband privat vorgeschossen



Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Ort und Datum

Unterschrift

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ich erkläre mit meiner Unterschrift dazu mein Einverständnis:

Ort und Datum

Unterschrift

Einsenden an: DIE LINKE Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart



Einzugsermächtigung

Mit dieser Einzugsermächtigung ist der Parteivorstand der Partei DIE LINKE /
 der Landesverband der Partei DIE LINKE _____
 bis auf Widerruf berechtigt,
 meinen ab _____
 fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE
 in Höhe von _____ Euro und
 meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai
 in Höhe von _____ Euro von unten stehendem Konto abzubuchen.

Name, Vorname des Mitglieds _____ Geburtsdatum _____

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) _____

Landesverband _____ Gebietsverband _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name und Ort des Geldinstituts _____

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied) _____

Ort und Datum _____ Unterschrift des Mitglieds _____

Einsenden an: DIE LINKE Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart

und anschließend vom Landesvorstand erstattet. Bei der Einzelbelegerstattung braucht der Kreisverband überhaupt keine Aufzeichnungen führen. Bei größeren Ausgabenvorhaben im Fall der Einzelbelegerstattung kann ein Vorschuss beantragt werden, der abgerechnet wird. Wir möchten die Kassenführung für die Kreisverbände so einfach wie möglich halten und sie von aufwendiger Buchhaltungs- und Abschlussarbeit entlasten, bei gleichzeitiger Wahrung der vollen Entscheidungshoheit über ihre Finanzen. Gleichzeitig erhalten alle Kreisverbände regelmäßig eine Aufstellung über Ihre Einnahmen und Ausgaben für die Rechenschaftslegung gegenüber Ihren Mitgliedern.

5.5. Nun kann es sein, dass nicht in allen Kreisen in den nächsten Tagen gleich die Ausgangsbedingungen sofort vorhanden sind, der Kreisverband aber sicher eine ordentliche erste Kreismitgliederversammlung durchführen möchte, mit Einladung an die Mitglieder, Materialbestellung, Kleinanzeige, Transparent, etc. In solchen Fällen gibt es immer zwei Möglichkeiten: a) Tägung der Ausgabe im Finanzrahmen durch persönlichen Auslage und Einreichung der Auslage mit Beleg und Erstattungsanspruch auf eine anzugebendes Konto. In der Regel hat man innerhalb von max. 10 Tagen die Auslage wieder auf seinem Konto. Oder b) Antrag auf einen Sondervorschuss mit Begründung.

5.6. Zur Information: Alle Finanzangelegenheiten, Abrechnungsunterlagen, Anträge oder auch sonstiger Schriftverkehr mit dem Landesschatzmeister bitte IMMER über die Landesgeschäftsstelle (!), nie über die Privatadresse. Die EMail-Adresse der Landesgeschäftsstelle lautet info@Die-Linke-bw.de. Die eMail-Adresse des Landesschatzmeisters lautet: Christoph.Cornides@t-online.de

6. Mitgliedsbeiträge

Beiträge in Form von Überweisungen oder per Lastschrift von neuen Mitgliedern gehen zukünftig immer direkt an den Landesverband Baden-Württemberg. Bankverbindung s.o. Ehemalige Mitglieder der WASG, die bisher ihre Beiträge per Überweisung nach Fürth gezahlt haben, möchten wir bitten, diese zukünftig auf das Landeskonto zu überweisen oder den Wechsel zum Lastschrifteinzug zu überlegen und dem Landesvorstand dazu die entsprechende Vollmacht zu schicken. Barzahlungen von Beiträgen möglichst nur in Ausnahmefällen, bitte Betrag quittieren und dann abrechnen.

Ehemalige Mitglieder der WASG, die eine Vollmacht zum Einzug ihres Mitgliedsbeitrages per Lastschrift aus Fürth erteilt haben möchten, wir bitten, erstmal alles bei der bisherigen

Regelung zu lassen. Es wird derzeit geprüft, ob und wie diese Lastschrifteinzüge insgesamt an den Landesverband übergeben werden können. Ansonsten gilt ab sofort: die Mitgliedsbeiträge für DIE LINKE in Baden-Württemberg aus Baden-Württemberg bleiben komplett im Landesverband. Dafür gehen dann aber die Erstattungsgelder für Wahlkämpfe an den Parteivorstand, der damit u.a. neue Wahlkämpfe und Zuschüsse an die Landesverbände planen kann.

7. Termine Kreis MVs melden

Bitte meldet der Landesgeschäftsstelle mit Kopie der Einladung, wann und wo eure Kreisgründungsversammlung stattfindet.

8. Einladungen zu den Gründungsversammlungen KV

Die Einladung muss schriftlich postalisch an alle Mitglieder im Kreisgebiet gehen. In Ausnahmefällen kann sich ein Mitglied mit Einverständnis des aufnehmenden Kreisvorstandes in einem anderen Kreis als dem seines Wohnorts organisieren. Wo Wohnort und Kreisverband nicht übereinstimmen, bitte dem Landesvorstand mitteilen. Jedes Mitglied ist nur in einem Kreisverband stimmberechtigt.

9. Tagesordnung / Durchführung KV-Gründungen

Wir empfehlen folgende Struktur für die Tagesordnung: Begrüßung und Konstituierung (Versammlungsleitung, Wahlkommission), Beitrag oder Gastbeitrag zu politischen Schwerpunkten, Aussprache und Beschluss über Gründung des KV; Beschluss über Größe und Beschaffenheit des Vorstandes; (geheime) Wahl des Kreisvorstandes plus Finanzverantwortlichen; Wahl eines Kassenprüfers (keine geheime Wahl zwingend), (geheime) Wahl der Delegierten für den Landesparteitag am 20./21. Oktober. Die Interimsvorstände sollten auf der

Versammlung Vorschläge für politische Schwerpunkte machen.

10. Wahlordnung und Kreissatzungen

Für die Konstituierung der Kreisverbände reichen die Bundessatzung (§ 13), die Wahlordnung und die Vereinbarungen WASG/Linkspartei auf Landesebene (§ 10 – § 13) aus. Eine Kreissatzung ist zur Durchführung der Kreisgründung nicht notwendig. Über Dinge wie Größe und Beschaffenheit des KV-Vorstandes kann die Versammlung vor der Wahl befinden. Von einer langwierigen Debatte und Verabschiedung von Kreissatzungen raten wir bei den Gründungsversammlungen auch ab. Nach dem Landesparteitag am 20. Oktober und nach Beschluss über eine Landessatzung wird es für die Kreissatzungen eine Musterempfehlung geben.

11. Stimmrecht Neumitglieder

Neumitgliedern, die noch kein Stimmrecht haben (Sechswochenfrist), kann, wenn gewünscht, das Stimmrecht auf Beschluss der Versammlung übertragen werden, sofern gegen die Mitgliedschaft in der Versammlung kein Einspruch erhoben wird. Siehe Bundessatzung § 2 (3).

12. Geschlechterdemokratie

Nach Bundessatzung § 10 (4) sollen die Kreisvorstände und die Delegierten grundsätzlich mindestens zu 50% aus Frauen bestehen. Stehen bei den Vorständen nicht ausreichend Frauen zur Verfügung, können entsprechend Frauenplätze freibleiben und ggf. später nachgewählt werden. Kreisverbände, deren Frauenanteil unter 25% liegt, können bzgl. dieser Wahlen Ausnahmen beschließen.

Für den Interims-Landesvorstand DIE LINKE. BaWü: Christoph Cornides, Franz Groll, Annette Groth, Elke Lison, Bernd Rixinger, Bernhard Strasdeit



Kreisgründung in Tübingen am 5. Juli.

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg,
Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.
Tel 07 11-24 10 45 oder 0711-2 29 39 42,
Fax 07 11 - 24 10 46
info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de
Geschäftszeiten: Di u. Do 8.30 Uhr – 17.00 Uhr,
Mo, Mi, Fr 14.00 Uhr- 18.30 Uhr

Interims-Landesvorstand

Postadresse: DIE LINKE. Baden-Württemberg,
Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart

Bernd Riexinger, Tel.: 0711-639711, eMail:
B.Riexinger-Wahlalternative@web.de

Bernhard Strasdeit, Telefon: (07071)-21534,
Mobil: 0171-1268215, Fax: (07071)-23946,
strasdeit@t-online.de

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269,
elson@swol.net

Franz Groll, Tel. 07056-2391,
franz.groll@gmx.de

Annette Groth, Tel. 0711-6749810,
anngroth@gmx.de

Interims-Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE.
Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart,
Telefon (0621)331650, Fax (0621) 331656,
christoph.cornides@t-online.de

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart,
BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Kontakte zu den Orts- und Kreisverbänden der LINKEN*

Baden-Baden/Rastatt

Dieter Hitscherich, 76532 Baden-Baden, 07221-
991592, der.hit@web.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried,
07583/1451, herbert.wilzek@wasg-oberschwa-
ben.de

Bodensee

Hans Schmidt, 07541-58998, hh_schmidt@t-on-
line.de

Böblingen

Ronny Schmidt, Goldackerstr. 24, 71229 Leon-
berg, Tel. 07152-28158, post@pds-sindelfingen.
de; Marko Neuwirth, 71065 Sindelfingen, 07031-
286680, marko.neuwirth@web.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Louis Runge, Grißheimerweg 30, 79423 Heiters-
heim, Tel.: 07634/507750, dielinke-breisgau@t-
online.de; Irmgard Koll, Zunzinger Str. 7a, 79379
Müllheim, Tel.: 07631/170263

Bruchsal, Kraichgau-Hardt

Heinz Peter Schwertges, Blumenstraße 14, Zeu-
tern, 76698 Ubstadt-Weiher, Tel. 0 72 53-5 0116,
bruchsal@linkspartei-bw.de.

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel: 07681-
23143. Email: emmendingen@linkspartei-bw.de.

Esslingen

Reinhold Riedel, Rotenackerstraße 122, 73732
Esslingen, Tel/Fax 07 11-3 18 07 60, esslingen@
linkspartei-bw.de; Thomas Mitsch, 73249 Wer-
nau, 07153/614699, mitsch.thomas@web.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098
Freiburg, vorstand@linkspartei-freiburg.de,
www.dielinke-freiburg.de, Tel: 0761-13 744 31

Freudenstadt

Rolf Eberhard, 72160 Horb-Talheim, 07486-
45490, rolf137@web.de

Geislingen

Jan Eckhoff, Talgraben 16, 73312 Geislingen, Tel:
07331/951026, Fax: 07331/306998, Tel: 0172-7
04 88 61, eMail: geislingen@linkspartei-bw.de

Göppingen

Herbert Eckhoff, 73312 Geislingen a.d.St,
07331/66520, herbert.eckhoff@t-online.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Renate Flühr, Scheffelstr. 5, 74889 Sinsheim,
Tel.: 07261/947015, Mail: FluehrRenate54@aol.
com; Heinrich Müller, Hinter der Mühle 15, 69226
Nußloch, 0177 4008790, henri.mueller@online.
de, www.dielinke-heidelberg-rheinneckar.de

Heidenheim

Hasan Cildir, 89522 Heidenheim, 07321-22 975,
cildir.hasan@web.de

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366,
ehinger.hasso@web.de

Heilbronn Unterland

Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Of-
fenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-
bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, 74653 Künzelsau, 07940 – 799495,
ErnstKern@gmx.de; Jochen Dürr, Zur Hohen
Waa 12, 74523 Schwäbisch Hall, Tel (0791)
5 4118, Fax (07 91) 55178, schwaebischhall@
linkspartei-bw.de.

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karls-
ruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-
ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

DIE LINKE. Konstanz, c/o Jürgen Geiger, Tel:
(07531) 697 465, Fax: (07531) 95 85 27, Joseph-
Belli-Weg 5, 78467 Konstanz; Angelika Böhl,
78464 Konstanz, 07531/50526, angelikaboehl@
swol.net

Lörrach

Eberhard Dais, 79650 Schopfheim, Tel.:
07622/848621, eMail.: e.u.m.dais@online.de;
Hans-Joachim Szmerlowski, 79650 Schopfheim,
07622/63027, ha.sz@t-online.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg,
07141/57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.
de

Main-Tauber

Birgit Adam, 97950 Großrinderfeld, Tel.: 09349-
1781, eMail: birgit_chris@gmx.de; Rolf Grüning,
97941 Tauberbischofsheim, Tel.: 09341/600366,
eMail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Monika Knoch, Maienweg 12, 68305 Mann-
heim, Tel.: 0621/752214, mo.knoch@freenet.de;
Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169
Mannheim, Tel.: 0621/303695

Neckar-Odenwald

Peter Kuschminder, 69437 Neckargerach,
06263/427867, p.kuschminder@web.de

Ortenau

Andrea Rummel, 77855 Achern, 07841-280138,
tom-andi@t-online.de; Karl-Martin Matt, Wei-
denstr. 30, 77871 Renchen, Tel.: 07843-84146,
druckwerkstatt-renchen@t-online.de

Ostalb

Roland Hamm, 73431 Aalen, 07361-35945, ro-
land.hamm@gmx.de

Pforzheim

Claus Spohn, 75177 Pforzheim, 07231/359230,
claus.spohn@online.de

Ravensburg

Siegheist Kuwertz, 88212 Ravensburg, Tel.:
0751/3524522, eMail s-kuwertz@versanet.de

Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Fronackerstr. 18, 71332
Waiblingen, Tel. 07151-54806, Fax -563254.
www.linkspartei-rem-s-murr.de. info@linkspartei-
rem-s-murr.de; Gabriele Grosse, 73630 Remshal-
den, 07151/271960, wasgkvggrosse@aol.com

Reutlingen

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@
swol.net; Heiko Körner, 72805 Lichtenstein,
07129/149855, heikoreutlingen@aol.com

Rottweil

Harald Hans Wilfried Riek, 78628 Rottweil, ha-
rald-riek@lycos.de

Schwäbisch Gmünd

Siegfried Pilbauer, Beurener Str. 9, 73540 Heu-
bach, Tel. 07173-403710. schwaebischgmueund@
linkspartei-bw.de.
Schwarzwald-Baar
Thomas Ruf, 78056 Villingen-Schwenningen,
07720-958022

Sigmaringen

Rainer Kaltofen, 88356 Ostrach, Tel. 07585-
935296; Thomas Krauss, 72519 Veringenstadt,
Tel. 07577-926486, eMail mail@der-eichi.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr.
3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/72236848, Fax
0711/72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.
de;

Stuttgart-Ost: Karin Claußen, Tel.: 0711/463824,
eMail: karin.claussen@t-online.de. Roland Hä-
gele, mobil 0160-7985055, roland.h.haegel@
web.de;

Stuttgart-West Dirk Hoeber; Tel. 0711-3514681,
Dhoeber@aol.com

Tübingen

Linkspartei Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074
Tübingen; Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg
a.Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm/ Alb-Donau

Andreas Binder, Schlehenweg 10, 89143 Blau-
beuren-Beiningen, Tel.: 0175 2629429, ulm@
linkspartei-bw.de, www.linkspartei-ulm.de

Waldshut

Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, 07742-
919293, ankabafri@t-online.de

Weinheim

Carsten Labudda, Hölderlinstraße 4, 69469 Wein-
heim, Telefon/Fax: (0 62 01) 876758

Zollernalb

Xenia Berger, 72351 Geislingen, 07428/918244,
xenia.berger@vera-cruz.net

* diese Angaben sind noch unvollständig bzw.
veraltet. Derzeit werden in Baden-Württemberg
35 Kreisverbände der neuen Partei gegründet.
Die offiziellen Kontaktadressen werden wir in
der nächsten Ausgabe des Landesinfos veröffent-
lichen. Wir bitten alle Kreisverbände, die neuen
Kontaktdaten an das Landesbüro mitzuteilen.

Arbeitsgemeinschaften

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, Adresse s. Rems-Murr.

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Frieden

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net
Thomas Mitsch, 73249 Wernau, 07153/614699, mitsch.thomas@web.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170/5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg i. Breisgau, Tel.: 0761/131516, Fax: 0761/135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0711-5203772, Fax 0711-6581782, eMail: c.staehle@linkspartei-stuttgart.de

AG Umwelt- und Ressourcenpolitik

Anne-Maike Rahlfs, Tel.: 0176 24293221, eMail: annerahlfs@web.de

Franz Groll, Tel. 07056-2391, franz.groll@gmx.de

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072 Tübingen, Tel. 07071-32498

Kommunistische AG

Jürgen Geiger, Adresse siehe Konstanz.

Hochschulgruppen **DIE LINKE.SDS**

FREIBURG: edmond@jaegerhome.de

KARLSRUHE: daniel.brunns@stud.uni-karlsruhe.de

TÜBINGEN: www.tuebingen.solid-bw.de

HEIDELBERG: heidelberg@solid-bw.de

STUTTGART: stuttgart@solid-bw.de

KONSTANZ: Mirco.Kolarczik@uni-konstanz.de

LANDESKOORDINATION: DIE LINKE.SDS, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721 35 48 93 41, info@solid-bw.de, www.linke-hochschulgruppen.de



...das Magazin der Fraktion DIE LINKE.: Jetzt kostenlos abonnieren. Clara und andere Publikation können kostenfrei bestellt werden. Per Fax 030/22 75 04 06 oder auf www.linksfraktion.de

Bestellen übers Internet:
Gerne senden wir gedruckte Publikationen der Fraktion DIE LINKE. kostenfrei zu. Fordern Sie unser Infopaket mit aktuellen Flugblättern, Broschüren und Zeitungen an, oder abonnieren Sie Clara, das Magazin der Fraktion DIE LINKE. (fünf Ausgaben/Jahr).
Einfach klicken: www.linksfraktion.de/bestellformular.php

Jugendverband **Linksjugend [‘solid]**

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-3548 9341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Linke in Gemeinderäten

Karlsruhe

Niko Fostiropoulos, Die Linke., Haus der Fraktionen, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721-386409, Fax 0721-386410, stadtrat@pds-karlsruhe.de.

Konstanz

Vera Hemm, PDS/Linke Liste, Gartenstr. 33, 78462 Konstanz

Stuttgart

Ulrike Küstler, Die Linke, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, Tel. 0711-2 62 99 51, Fax 0711-2 62 99 52, ulrike.kuestler@stuttgart.de, www.stuttgart.de/die-linke

Tübingen

TÜLL (Tübinger Linke/Linkspartei) in Gemeinderat und Kreistag, Am Lustnauer Tor 4, 72070 Tübingen, www.tuebingen-linke.de. Gerlinde Strasdeit (Stadträtin) und Bernhard Strasdeit (Kreisrat), Tel. 07071-21534, Fax: -23946, strasdeit@t-online.de • Anton Brenner (Stadt- und Kreisrat), Tel. 07071-40450, Fax: -49992, Mail: Brenner-Tuebingen@t-online.de • Bernd Melchert (Stadtrat), Tel. 07071/78689, Mail: bernd.melchert@walter-ag.de • Edeltraud Horn-Metzger (Stadträtin), Tel. 07071/23848, Traudel.Horn-Metzger@gmx.de

Mannheim

Gudrun Kuch, Linke Liste Mannheim, Tel: 0621/293-9585 Fax: 0621/ 293-9595, Rathaus E 5, 68159Mannheim. Öffnungszeiten: Mo. 14–16 Uhr, Di.10–13 Uhr, Do. 13–16 Uhr. mail: gudrun.kuch@mannheim.de

DIE LINKE.

BADEN - W Ü R T T E M B E R G

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüros Heike Hänsel

Tübingen: c/o Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Wahlkreismitarbeiter Frederico Elwing.Tel. 07071/993872, Fax: 07071/208812. info@heike-haensel.de, www.heike-haensel.de

Freiburg: Heike Hänsel MdB, c/o Bürogemeinschaft Freiburger Linke, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel. 0761/4510292 freiburg @heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de .

Europabüro **Tobias Pflüger**

Hechinger Strasse 203, 72072 Tübingen
Email: mep-regionalbuero@tobias-pflueger.de
Tel: 07071-7956980, Fax: 07071-23946
homepages: www.tobias-pflueger.de,
www.linkspartei.pds-europa.de

Berlinfahrten der Bundestagsabgeordneten

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Karin Binder, Heike Hänsel und Uli Maurer finden dieses bzw. nächstes Jahr wieder Berlin-Fahrten statt. Das sind 3-tägige politische Bildungsfahrten, die in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert werden. Die Fahrten bieten Gelegenheit, die Arbeit unserer MdBs und der Fraktion DIE LINKE. kennen zu lernen. Dazu gibt es ein interessantes politisches Rahmenprogramm mit Besuchen von Mahn- und Gedenkstätten, Stadtrundfahrten uvm.. Fahrt, Unterbringung in Doppelzimmern und Verpflegung werden vom Deutschen Bundestag getragen. Anfragen oder Anmeldungen bitte ausschließlich über die Wahlkreisbüros der Abgeordneten.

Wahlkreisbüro Karin Binder, Kreuzstraße 4, 76133 Karlsruhe. Ansprechpartnerin: Ute Gsöls-Puhl, Tel: (0721) 35 48 575; mail: karin.binder@wk.bundestag.de.

Wahlkreisbüro Heike Hänsel, Ammergasse 14, 72070 Tübingen. Ansprechpartnerin: Traudl Horn, Tel. 07071-208810, Email: traudel.horn-metzger@heike-haensel.de.

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer, Marienstraße 3A, 70178 Stuttgart. Die nächste Fahrt mit MdB-Büro Maurer findet statt von 22.10 bis 25.10. Ansprechpartnerin: Rosemarie Bleicher, Tel. 0711- 2293227, ulrich.maurer@wk.bundestag.de.



Veranstaltungen, Termine, Hinweise

■ Kreisgründungen und regionale Neumit- gliedertreffen

Die Bundestagsabgeordneten der LINKEN aus Baden-Württemberg und die neuen Kreisvorstände werden in den nächsten Wochen regionale Treffen mit Neumitgliedern anbieten. Erste solche Treffen finden statt mit Uli Maurer in Ulm und Heilbronn. In 35 Kreisverbänden werden derzeit Gründungsversammlungen organisiert. Auf der Kreis-Gründungsversammlung in Karlsruhe werden Klaus Ernst und Karin Binder erwartet.

Ulm, am Donnerstag, 9. August, 19 Uhr im neuen Büro, Ulm, Lindenstraße 27, 2. Stock. Eingeladen sind Neumitglieder insbesondere aus den Kreisverbänden Ulm, Biberach, Heidenheim, Aalen und Ravensburg.

Karlsruhe am Montag, 23. Juli 2007, 18.30 Uhr, auf der Kreis-Gründungsversammlung sprechen u.a. Karin Binder (MdB, Karlsruhe) und Klaus Ernst (MdB, Parteivorstand). Gaststätte Walhalla (Saal), Augartenstraße 27, Karlsruhe-Südstadt.

Stuttgart am Dienstag, 24. Juli, 19.30 Uhr, : Auftaktveranstaltung der LINKEN mit Heidi Scharf, Ulrike Küstler und Ulrich Maurer, Clara-Zetkin-Haus, Stuttgart-Sillenbuch, Gorch-Fock-Straße 26.

■ Internationaler Sozialistenkongress 1907–2007

Anlass: Im Jahr des 150ten Geburtstages von Clara Zetkin jährt sich auch der Internationale Frauenkongress in Stuttgart zum 100ten Male am 17.8.2007 sowie der Internationale Sozialistenkongress, der vor 100 Jahren vom 18.8. 1907 bis 24.8.1907 in Stuttgart statt fand.

Veranstalter: Ist ein breites Bündnis aus Vereinen, Organisationen, Parteien und Parlamentsfraktionen und die Rosa Luxemburg Stiftung. In der Festschrift (über das Landesbüro erhältlich) sind alle Veranstaltungen (über 20) der Kongresswochen vom

29.6.2007 bis 22.9.2007 aufgeführt. Besonders hervorheben möchten wir die Veranstaltungen, die getragen werden von: Kreisverband und Landesverband DIE LINKE, sowie der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und der GUE/NGL im Europaparlament.

Freitag, 17. August 2007. 100 Jahre Internationaler Sozialistischer Frauenkongress. Und zwar auf den Tag genau veranstaltet die Fraktion DIE LINKE. Im Deutschen Bundestag unter Beteiligung der LAG– Frauen BaWü. die Internationale Frauenkonferenz 2007. Zu vier Themenschwerpunkten werden Frauen der Fraktion DIE LINKE mit „historischen Frauen“, heutigen Aktivistinnen und internationalen Gästen diskutieren. **DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Strasse 20. Beginn 16 Uhr**, Ende 20 Uhr, im Anschluss Kulturprogramm. Für Kinderbetreuung ist gesorgt!

Samstag, 18. August 2007. Historische Rückbesinnung und Sommerfest anlässlich des Jahrestages Internationaler Sozialisten Congress Stuttgart 1907. Hierzu lädt der Landesverband DIE LINKE und der Kreisverband Stuttgart ein. Durch einen Fachbeitrag von Professor Theodor Bergmann wird der Bedeutung dieses Tages für den internationalen Sozialismus Rechnung getragen. Im Anschluss darf gefeiert werden! **Waldheim Gaisburg, Beginn 15 Uhr**, Ende ?, man wird sehn...

Freitag, 21. Sept. 2007 GUE/NGL – Die Vereinte Europäische LINKE/Nordische Grüne LINKE- Parlamentsfraktion des Europäischen Parlamentes gedenkt dem ISCS 1907. Global Europe – Führt die Kommission Europa auf einen internationalen Konfrontationskurs? Europaabgeordnete der GUE/NGL, internationale Referenten und Gäste aus Regierungen, Parteien, Gewerkschaften, Sozialistinnen und Sozialisten kommen zusammen um die Alternativen zu Kriegen, Kolonialismus und Ausbeutung von MigrantInnen zu diskutie-

ren. **Liederhalle Stuttgart, Hegelsaal, Beginn 15 Uhr**, Ende 22 Uhr. Musikalischer Ausklang bis 0 Uhr danach besteht noch die Möglichkeit auf die „Lange Sozialistische Nacht“ in der Disco La Maison des Jugendverbandes der Linken – solid – zu gehen!

Samstag, 22. Sept. 2007 Kundgebung der Bundespartei DIE LINKE. Auf dem **Wilhelmsplatz um 12 Uhr** mit: u.a. Oskar Lafontaine, Francis Wurtz, Petra Pau, Bernd Riexinger, Gabi Zimmer und internationalen Gästen.

Samstag, 22. Sept. 2007 Abschluss – Arbeitskonferenz: Sozialismus im 21. Jahrhundert. Durch Input-Referate, nationaler Referent/innen werden die wichtigsten Themenschwerpunkte von 1907 in einen aktuellen Bezug zum 21. Jahrhundert gesetzt. Es lädt ein die Fraktion DIE LINKE im Bundestag. **„Altes Feuerwehrhaus“ Stuttgart Süd, Beginn 15 Uhr**, Ende 22 Uhr.

■ Kommunaleinstieg in Ravensburg

Auf ihrer Gründungsversammlung am 15. Juli beschloss der Ravensburger Kreisverband die Durchführung einer Bildungsreihe 2007/2008 zu zwölf kommunalpolitischen Themen. Die Mitglieder umliegender Kreisverbände sind jeweils eingeladen. Am 18. August wird es eine Einführung zur Gemeindeordnung geben sowie zu den Finanzgrundlagen der Kommune. Am 15. September wird Bernhard Strasdeit über programmatische Grundsätze und Beispiele linker Kommunalpolitik sprechen. Die Treffen finden statt im jeweils um 11 Uhr im Kulturladen Rhizom. Auch das NEUE RAVENSBURG, Infoblatt der LINKEN, greift kommunale Konflikte auf. In der neuen Ausgabe werden die Auswirkungen der geplanten Werkschließung von Drauz-Notthelfer diskutiert. Außerdem wird ein Interview abgedruckt mit Wolfgang Wacker, Betriebsrat bei Notthelfer.



■ Chorprojekt „CANTO GENERAL“

Der Große Gesang“ von Pablo Neruda & Mikis Theodorakis
Das Werk CANTO GENERAL des chilenischen Literatur-Nobelpreisträgers Pablo Neruda erzählt die Geschichte der Völker Lateinamerikas und beschreibt die Hoffnungen der sozialen Bewegungen, die jetzt in besonderer Weise aktuell geworden sind. Für 2007 sollen in einer Chorwerkstatt wieder Teile des Canto General einstudiert und am 21. September 2007 in Stuttgart, anlässlich 100 Jahre Sozialisten-Kongress, zu dem auch Präsident Evo Morales eingeladen ist. Kontakt: Interessierte Sängerinnen und Sänger und Musiker/innen sind herzlich eingeladen und können Kontakt aufnehmen unter: Theodorakis-Chor Tübingen/Stuttgart, c/o Henning Zierock, Tel.0172-7406310 oder Gerlinde Kehrle, Tel. 0711-24848284

„Kultur ist das Vergnügen, die Welt zu verändern“,
Bertolt Brecht

Bild: Hennig Zierock mit Evo Morales